

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Annon, Gmbh., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Altlostraße 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

## Die Gefahr eines lohnpolitischen Berggrutes.

P. Z. Beim Stahlwerk Becker fing es an. Dann folgte die Mansfeld AG. und nun das Alexanderwerk in Remscheid. Überall die gleiche Forderung auf 15 Prozent Lohnabbau. Die Sache wird systematisch betrieben. Erst einleitende Besprechungen mit den Vertretern der Belegschaft — dann erst Kühlungnahme mit den zuständigen Gewerkschaften. An der Spitze dieser Besprechungen steht die Drohung mit unvermeidlicher Stilllegung des Betriebes bei Unmöglichkeit einer Lohnverminderung. Man will mit dieser Methode vor allem die Widerstandskraft der Arbeiter im voraus zermürben. Das Ziel ist, dadurch auch die Gewerkschaften als die Hüter der Arbeiterinteressen, gefügig zu machen. Im Falle Stahlwerk Becker scheint die erstere Absicht ja auch geglückt zu sein. Bezüglich der Gewerkschaften aber nur zum Teil, da der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband eine freiwillige Preisgabe des bestehenden Tarifrechtes ablehnte. Bei der Mansfeld AG. überließ die Belegschaft von vornherein die Entscheidung den Gewerkschaften, in der Hauptsache also unserem Verbande, der dort am stärksten vertreten ist und ebenfalls ablehnte, eine Lohnverminderung freiwillig anzuerkennen, worauf Mansfeld den Tarif kündigte. Die Verhandlungen werden demnächst beginnen. Die Betriebsleitung des Alexanderwerks in Remscheid scheint es bei einer Bearbeitung ihrer Belegschaft zu belassen. Die notwendigen Maßnahmen will man dort im Rahmen des bestehenden Rechtszustandes unternehmen. Die Belegschaft sollte nur darauf vorbereitet und vielleicht besser: dafür vorbereitet werden.

Von den drei genannten Fällen ist der letztere der interessanteste und lehrreichste. Um das zu beweisen, lassen wir vorerst eine Erklärung folgen, die zu der ganzen Sache vom Alexanderwerk der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Erklärung wurde herausgefordert durch Gerüchte, wonach sich beim Alexanderwerk derselbe Vorgang vorbereitet wie beim Stahlwerk Becker. Sie lautet:

„Es handelt sich lediglich um vorbereitende Besprechungen zwischen der Leitung des Werks und der Belegschaftsvertretung. Diese Besprechungen haben bereits vor Bekanntwerden des Falles Stahlwerk Becker eingeleitet. Bei ihnen war ausschlaggebend die Absicht, wieder voll konkurrenzfähig mit dem Auslande zu werden. Die ausländischen Wettbewerbsindustrien arbeiten bekanntlich zum Teil mit wesentlich — bis zu 50 Prozent — niedrigeren Löhnen. Die geltenden Akkordlöhne des Alexanderwerks liegen aber größtenteils beträchtlich, zum Teil sogar mehr als 70 Prozent, über der tariflichen Höhe, während der Tarifvertrag nur einen Mindestsatz von 15 Prozent festlegt. Der geltende Rahmentarif sieht die Möglichkeit vor, überhöhte Löhne den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen, wenn hierin eine gewisse Angleichung, die, wie der Arbeiterschaft ausdrücklich bekanntgegeben wurde, die Tariflöhne nicht angeht, erfolgt.“

Grundsätzlich ist also damit zugegeben, daß mit Belegschaftsvertretern verhandelt wurde, und daß ein Abbau der Effektivlöhne (das heißt wirklich gezahlten Akkordlöhne) erfolgt. Es wird lediglich gesagt, daß den Arbeitern bekanntgegeben wurde, daß die Tariflöhne nicht angegriffen werden sollen. Um die Bedeutung dieser Maßnahme voll würdigen zu können, muß man wissen, daß es in Deutschland eine ganze Reihe gerade der wichtigsten Tarifbezirke gibt, in denen die tatsächlich zur Auszahlung gelangenden Löhne bis zu 40 Prozent über dem im Tarifvertrag festgesetzten Lohn liegen. Das Alexanderwerk sagt ja selbst, daß es bei ihm sogar mehr als 70 Prozent ausmacht. Auch bei der Mansfeld AG. beträgt die Spanne bis zu 50 Prozent. Auch die vom Reichsarbeitsministerium vorgenommenen Erhebungen über die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie ergaben, daß für die ganze Gruppe Nordwest ein ähnlicher Zustand besteht. So zeigt diese Erhebung folgende Tabellen über „Stunden- und Wochenverdienst im Durchschnitt aller Vertragsgebiete und Zweige der metallverarbeitenden Industrie“ auf:

Es wurden gezahlt:		im Zeitlohn	im Stücklohn
für Facharbeiter über 21 Jahre . .	100,3 Pf.	113,5 Pf.	
für angel. Arbeiter über 21 Jahre	85,4 Pf.	104,9 Pf.	
für Hilfsarbeiter über 21 Jahre . .	77,6 Pf.	96,1 Pf.	
für weibl. Arbeiter über 18 Jahre . .	52,9 Pf.	64,3 Pf.	

Als Tariflohn sah sich in der Erhebungszeit durchschnitlich		im Zeitlohn ein Stundenlohn von	im Stücklohn ein Stundenlohn von
für Facharbeiter über 21 Jahre . .	79,7 Pf.	89,6 Pf.	
für angel. Arbeiter über 21 Jahre . .	71,7 Pf.	83,5 Pf.	
für Hilfsarbeiter über 21 Jahre . .	65,7 Pf.	78,6 Pf.	
für weibl. Arbeiter über 18 Jahre . .	46,6 Pf.	52,2 Pf.	

Die durchschnittlichen Stundenverdienste überschritten somit im Oktober 1928 die Tariflohnsätze

	im Zeitlohn	im Stücklohn
für Facharbeiter über 21 Jahre um	25,8 %	26,7 %
für angel. Arbeiter über 21 Jahre um	19,1 %	25,6 %
für Hilfsarbeiter über 21 Jahre um	18,1 %	22,3 %
für weibl. Arbeiter über 18 Jahre um	13,5 %	23,6 %

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst (einschließlich der Zuschläge für Ueberstunden und der Sozialzulagen) stellte sich in der Erhebungszeit

	im Zeitlohn	im Stücklohn
für Facharbeiter über 21 Jahre auf . .	52,19 M.	56,85 M.
für angel. Arbeiter über 21 Jahre auf	44,30 M.	53,01 M.
für Hilfsarbeiter über 21 Jahre auf . .	40,62 M.	48,48 M.
für weibl. Arbeiter über 18 Jahre auf	23,46 M.	29,44 M.

Seit der Erhebung sind diese Lohnsätze wieder etwas erhöht worden, was aber unerheblich ist und an dem aufgezeigten Verhältnis nichts ändert. Jeder vernünftige Mensch muß zugeben, daß die wirklich gezahlten Löhne sich keineswegs über der normalen Lohnhöhe bewegen. Tatsache also ist, daß eben die Tariflohnsätze weit unter dem normalen Lohnstandard stehen. Das ist, wie gesagt, nicht nur der Fall hier in der Metallindustrie, sondern auch in vielen anderen Industrien und auch

### Unsere Internationale.

1890 ♦ 18. Mai ♦ 1930.

Jolimont. Hier wars vor vierzig Jahren,  
Wo Männer wohl aus jedem Kohlenland  
Zu einer großen Tat versammelt waren —  
Zu einer Tat, die Land mit Land verband.  
Die Bergleute all, die weltum gleichermaßen  
Das bittere Brot der Grubenarbeit aßen,  
Erkannten, daß ein Ideal  
Nicht trennbar ist durch Grenzen und durch Schranken  
Und Flamme werden muß aus schwelenden Gedanken:  
Weltfassend — international!

Von Jolimont bis Krakau künden viele Meilensteine,  
Daß die kohलगewinnende Brüdergemeine  
Trotz Hohn und Spott und Hinterlist  
Ein Welt-Herz, eine Welt-Seele ist.  
Hier schlägt das Herz der Unter-Erde-Welt:  
»Euch zwingt kein Feind, wenn ihr zusammenhalt!«  
Hier schreit die Seele aus der Welt der Schächte;  
»Wenn ihr nicht einig seid, bleibt Sklaven ihr und Knechte!«

Und dieser Schrei ward ein Signal —  
Alarm wie bei entflammten Wetter:  
»Brüder, habt acht! Das Grubenkapital  
Will unsre Einigkeit zerschmettern!«

Und emsig woben unsere Tribunen  
Von Land zu Land das Band der Einigkeit  
Und bauten viele Brücken über die Lagunen  
Der Selbsterleischung: Zwist und Bruderstreit.  
Hoch türmten sich die Hindernisse,  
Breit klafften grubentiefe Risse  
Im trächtigen Acker der werdenden Macht,  
Schwer war der Kampf, doch mählich brach der Bann,  
Der Weltverband der Knappen schwoll zur Weltmacht an  
Und hifste sein Banner auf jedem Schacht.

Brüder, habt acht! Bewahret das heilige Erbe,  
Damit es wachse und nicht verderbe,  
Damit es, stark wie Dämme und Deiche,  
Euch zum Segen gereiche!  
Die Weltmacht seid ihr! Vergesset es nicht:  
Auch euer Wort hat jetzt Wucht und Gewicht  
Vor dem Gericht der Weltgeschichte —  
Auch ihr seid Richter im Weltgerichte!  
Ihr hebt die Kohle, die die Welt  
Der Arbeit in schaffender Drehung hält!  
Die Welt der Arbeit steht still,  
Wenn euer Wille es will!

Victor Kalinowski.

in einzelnen Bergbaurevieren. Im Ruhrbergbau stehen sich Tarif- und Effektivlohnsätze ziemlich gleich. Bisher war dieser Unterschied zwischen Tariflohnätzen und Effektivlöhnen ohne Bedeutung. Es galt sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern als selbstverständlich, daß mit einer Erhöhung der Tariflöhne auch im gleichen Verhältnis die Effektivlöhne steigen. Daher kam es ja auch, daß oft sehr heiß zwischen beiden Parteien gerungen wurde um Erhöhung der Tariflöhne um 5 bis 6 Prozent, obwohl der Effektivlohn — wie obige Tabellen ja erkennen lassen — schon 25 und mehr Prozent über dem Tariflohn stand.

Damit dürfte jedem plötzlich klar sein, was die Erklärung des Alexanderwerks in Wahrheit bedeutet. Sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß auf Grund dieser

Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn eben ein Abbau der Effektivlöhne beabsichtigt ist. Was man mit der Belegschaftsvertretung verhandelt hat, war lediglich eine diesbezügliche Mitteilung, mehr nicht. Diese Mitteilung wurde nur gestützt durch die Drohung, daß bei Unmöglichkeit dieses Lohnabbaues die Rentabilität und damit der Fortbestand des Wertes gefährdet sei. Das Ziel ist: das stillschweigende Einverständnis der Belegschaft zur Lohnverminderung zu erhalten. Nach eigenen Angaben des Alexanderwerks ist auf diese Weise ein Lohnabbau bis zu 70 Prozent in Einzelfällen möglich, ohne daß dem Werk hieraus rechtliche Schwierigkeiten — trotz des bestehenden Tarifvertrages — entstehen können. Eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung der bestehenden Löhne besteht eben nur für die im Tarifvertrag enthaltenen. Es ist deshalb völlig neben-sächlich und auch ein bißchen demagogisch, wenn das Alexanderwerk vermerkt, daß „ausdrücklich“ bekannt gegeben sei, daß die Tariflöhne nicht angegriffen werden sollen.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, diese ganzen Vorgänge sehr aufmerksam zu verfolgen. Wenn auch die drei Fälle: Stahlwerk Becker, Mansfelder Kupferbergbau, Alexanderwerk, nicht als einheitliches abgekartetes Spiel zu bewerten sind, so bleibt doch — die drei Fälle zusammengewertet — ein einheitliches Grundstreben: Lohnabbau unter allen Umständen! Beim Stahlwerk Becker galt es, die Arbeiterschaft klein-zuschlagen, was auch gelungen ist. Die Mansfeld AG. hat den bestehenden Tarif gekündigt, trotzdem auch dort die Effektivlöhne ungefähr 40 Prozent über den Tariflöhnen stehen. Sie hätte also — rein tarifrechtlich gesehen — die dortigen Löhne um 40 Prozent abbauen können, ohne daß der Tarifvertrag im Wege stand. Sie hat diesen offenstehenden Weg aber nicht beschritten, obwohl sie „nur“ 15 Prozent Lohnabbau fordert und hat den Tarif gekündigt. Sie verlangt also einen Abbau der Tariflöhne, um analog die Effektivlöhne herabsetzen zu können. Hierin liegt übrigens der klarste Beweis dafür, daß bisher der Unterschied zwischen Tarif- und Effektivlohn nur als formal angesehen wurde. Die Mansfeld AG. betrachtet eben die Effektivlöhne als durch die niedrigeren Tariflöhne gebunden, was übrigens ganz unserer Auffassung entspricht. Also sie kündigt den Tarif, um die Schlichtungsinstanzen auf den Weg des Lohnabbaues zu zwingen. Als drittes — ergänzendes — Zielstreben sehen wir nun beim Alexanderwerk den direkten eigenmächtigen Lohnabbau „im Rahmen des bestehenden Rechts“, das heißt in der Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen.

Die beiden ersten Fälle können also dazu dienen, die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen für einen allgemeinen Lohnabbau nach der Methode Alexanderwerk. Sollte dieses Streben Allgemeinut der deutschen Unternehmer werden, dann bestände tatsächlich die Gefahr eines ganz gewaltigen Lohnabbaues, ohne daß die Arbeiterschaft — trotz Tarifverträge — hiergegen eine rechtlich-wirksame Abwehr führen könnte. Die nächste Zukunft wird hierüber Klarheit bringen. Persönlich möchten wir nur zu diesem ganzen Intrigenpiel sagen, daß nach unserer Auffassung auch das Vorgehen des Alexanderwerks ein rechtswidriges ist. Die gleiche Auffassung scheint ja auch die Mansfeld AG. zu haben, wie die Kündigung des Tarifs beweist. Wir sind nämlich der Auffassung, daß durch den Abschluß des Tarifvertrages mit 40 bis 50 Prozent niedrigeren Löhnen, als sie effektiv, das heißt tatsächlich, gezahlt werden, auch die Effektivdurchschnittslöhne anerkannt und gebunden worden sind.

Durch die nun einsetzende Entwicklung wird sich ja hierüber eine eigene Rechtsmeinung erst herauszubilden haben. Bestimmt wird es eine reichliche Diskussion über dieses ganze Problem geben. Vielleicht wird man auch hier nicht eine allgemeingültige Auslegung und Anschauung finden und mehr vom Einzelfall und seinen besonderen Verhältnissen ausgehen müssen. Sicher aber dürfte so viel sein, daß sich die Arbeitgeber mit der Methode Alexanderwerk wohl selbst sehr empfindlich treffen können. Es ist unter solchen Umständen nämlich noch kaum tragbar, daß es Tarifbezirke gibt, die einen so großen Unterschied zwischen Tarif- und Effektivlöhnen aufzeigen, wie das zur Zeit in vielen Tarifbezirken noch zu beobachten ist. Auch die Schlichtungsbehörden werden aus dieser Entwicklung zu lernen haben. Für sie erstreckt jetzt der Zwang, der Forderung der Gewerkschaften um Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne nachzukommen. Bisher hat man sich sehr oft geweigert, eben aus der Auffassung heraus, daß die Wirkung sich ja doch gleich bliebe und heute dem Arbeitgeber eine kleine Bewegungsfreiheit in der Lohnvermehrung gegeben sei. Das konnte, wie gesagt, ein Vorteil sein, solange die Arbeitgeber nicht grundsätzlich und allgemein die Effektivlöhne auf ein schlechteres Verhältnis zu den Tariflöhnen brachten. Nachdem aber nun die Arbeitgeber diesen Unterschied ausnutzen wollen als Manöverfeld für eine Offensive gegen die gegenwärtige Basis der Arbeiterlöhne allgemein, muß mit der alten Methode aufgeräumt und die Angleichung von Tarif- und Effektivlöhnen zustande gebracht werden.

# Brüning, Stegerwald und wir.

H. L. Am 5. März d. J. kam im Reichskabinett ein Kompromiß über Steuerfragen und Arbeitslosenversicherung zustande, den 14 Tage später die Koalitionsparteien außerhalb der Sozialdemokratie zerrissen. Soweit dieses Kompromiß die Arbeitslosenversicherung betraf, hatten ihn die Sozialdemokraten zugestimmt, weil es der Verbesserung für die Jahr 200 Mill. Reichsmittel aufwies, zur Erleichterung weiterer Mittel die Beitragserhöhung auf 4 Prozent vorlag und weil es bestimmte, daß eine anderweitige Festsetzung der Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen dürfte. Während die völksparteilichen Minister sich auf den Boden dieses Kompromisses stellten, ließ die Deutsche Volkspartei Sturm gegen es empfinden, daß Brüning mit einem neuen Kompromißvorschlag kam. Dieser setzte den Reichszuschuß für 1930 auf 150 Mill. M. fest und schaltete die Beitragserhöhung aus. Die Darlehenspflicht des Reiches wurde an die Erhöhung geknüpft: entweder durch Beitragserhöhung die Rückzahlung der Reichsdarlehen zu ermöglichen,

oder den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben durch eine „Ausgleich“ des Reiches herbeizuführen, oder zur Deckung der für Reichsdarlehen aufzuwendenden Beträge dem Reich die erforderlichen Mittel durch neue Steuern zuzuführen.

Bedrängt von den Gewerkschaften, verlegte die Sozialdemokratische Fraktion diesem Kompromiß ihre Zustimmung und so kam es zum Bruch der Regierung Müller. Eine Rechtfertigung dieser Haltung organisierten Arbeitern gegenüber bedarf es nicht. Gegnerischen Verleumdungen gegenüber muß aber festgestellt werden:

Die Vertnappung der der Arbeitslosenversicherung zuzuführenden Mittel durch geringere Reichszuschüsse und Verminderung der Beitragserhöhung hatte den von der Deutschen Volkspartei offen ausgesprochenen Zweck, den „Reformwillen“ lebendig zu erhalten, das heißt auf gut deutsch:

**die Finanzlage des Reichsfall so schlecht zu gestalten, daß automatisch ein Leistungsabbau erfolgen mußte.**

Gegenüber dem Kabinettsbeschlusse vom 5. März sah das neue Kompromiß auch vor, daß der „Ausgleich“ auch durch Verwaltungsmaßnahmen herbeigeführt werden konnte. Auf diesem Wege war es möglich, bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit die Höchstdauer der Unterstützung noch weiter zu kürzen, als dies durch die Änderungen vom Oktober 1929 schon geschehen ist. Es ist weiter möglich, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers für unständlich Beschäftigte, für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter Höhe und Dauer der Unterstützung schlechter zu gestalten. Die Bedingungen für weitere Darlehensgewährung, Rückzahlungssicherung durch Beitragserhöhung, Leistungszwang und neue Steuern zielen ebenfalls auf einen zwangsläufigen Leistungsabbau.

**Deshalb widersprachen die Gewerkschaften auf das schärfste,**

die sozialdemokratische Fraktion zog daraus die Konsequenz des Bruches mit der Koalition. Bürgerliche Blätter, besonders demokratische, aber auch die „Kölnische Zeitung“ usw. haben der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf gemacht, daß sie es wegen eines Wortes, wegen einem Viertel Prozent Beitragserhöhung habe zum Bruch kommen lassen. Demgegenüber ist zu sagen, daß die Summen, um die die es sich hier handelte, eine Lappalie waren gegenüber dem Elfmilliardenetat des Reiches. Aber um diese Summen handelte es sich gar nicht, sondern um den

**zielbewußten organisierten Vorstoß der Unternehmer, unter allen Umständen aus profit- und lohnpolitischen Gründen zu einem Abbau der Arbeitslosenversicherung zu kommen.**

Deshalb mußten die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten zu einem energischen „Nein“ kommen.

Es kann nie genug darauf hingewiesen werden, daß die Lohnpolitik und Arbeitslosenversicherung durch Tarifverträge, Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung für die deutsche Arbeiterschaft von der allergrößten Bedeutung ist. Nach den Ziffern des Instituts für Konjunkturforschung betragen die Wochenlöhne im schlechten Monat Februar für

	1928	1929	1930
Gelernte Arbeiter	49,05 M.	52,38 M.	54,10 M.
Ungelernte Arbeiter	37,00 M.	40,55 M.	41,80 M.

Der Gesamtdurchschnitt der Stundenlöhne betrug nach „Wirtschaft und Statistik“ im Oktober 1929 für gelernte Arbeiter 111,2 Pf., im Februar 1930: 111,4 Pf.; für ungelernete Arbeiter 83,8 Pf. bzw. 84,6 Pf. In den beiden Jahren liegt der Reallohn im Gesamtdurchschnitt um etwa 5 bzw. 3 Prozent und auch in den letzten Monaten war trotz der Millionenzahl der Arbeitslosen noch eine geringe Steigerung zu verzeichnen.

**Diese Sicherung wollen die Unternehmer beseitigen, sie wollen die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Lohnhöhe,**

sie möchten die Zustände wie früher im Bergbau, wo 1912 an die ungefähr gleich große Belegschaft im Ruhrgebiet 150 Mill. M. Lohn weniger gezahlt wurden als im Jahre vorher!

Der Bericht der Reichsanstalt für das Jahr 1929 beleuchtet die Gefährlichkeit des Brüning-Kompromisses ganz besonders. Aus dem Bericht geht hervor, daß Ende März 1930

die Darlehensschuld der Anstalt beim Reich 620 Mill. M. betrug. An die Rückzahlung dieser Schuld und künftiger Reichsdarlehen durch Beitragserhöhung zu denken, ist idiotisch, dazu würden auch 5 oder 6 Prozent Beitrag nicht genügen. Wenn die einzelnen Landesbeste ihre Ausgaben im letzten Jahr allein hätten tragen sollen, wären Beitragserhöhungen erforderlich gewesen in Westfalen um 3,3 Prozent, Süddeutschland 3,4, Brandenburg 4,2, Mitteldeutschland 5,2, Schlesien 5,7, Pommern 7,4, Ostpreußen 6,8, Bayern 5,9 Prozent! Wir wehren uns aber gegen die Auffassung, daß die Verstärkung allein die Auswirkungen katastrophaler Wirtschaftsentwicklung tragen soll. Wenn es dem Winger oder den ostpreußischen Agrariern schlecht ging, wurden Dutzende und Hunderte von Millionen Mark vom Reich zugeschossen. In viel höherem Maße besteht die Verpflichtung, über die Leistungsmöglichkeit der Versicherungsanstalt hinaus

**durch Reichsmittel für die Millionen unfreiwillig Arbeitsloser zu sorgen!**

Gegen einen Abbau der Sozialversicherung sind die christlichen Gewerkschaften, die meist dem Zentrum angehörend, ebenso eingestellt wie die freien Gewerkschaften. Der Reichsarbeitserrat der Zentrumspartei hat

zwar Brüning sein Vertrauen ausgesprochen, zugleich aber eine Sozialpolitik aufgestellt, die sich scharf gegen einen Abbau und für weiteren Ausbau aussprechen.

**Die bisherige Politik des Bürgerblods schlägt diesen christlichen Arbeiterforderungen ins Gesicht.**

Molkenbierliche die zur Sicherung der Arbeitslosenversicherung erforderliche „Reform“ rasch und energisch in Angriff nehmen. Das bedeutet vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei Abbau der Leistung. Die Gewerkschaften können also nicht befürchten, daß ein Verstoß dieser Richtung wird wie im Vorjahre, wo auch die Zentrumsanträge Kieserers-Leusch einen Unterstützungsabbau dadurch herbeiführen wollten, daß die Unterstützungshöhe abhängig gemacht wurde von der Anwartschaftszeit. Auf diese Gefahren macht der Bundesvorstand des DGB aufmerksam und ruft die deutsche Arbeiterkraft zur Wachsamkeit und zur Abwehr auf.

Aber auch in der Zutritts- und zur Arbeiterschaft. Eine große christliche Arbeiterkundgebung in Essen mit dem Konjungenoffenschafterschlacht als Referent fand harte Worte gegen die Politik der neuen Regierung. Es ist deshalb wohl kein Zufall, daß Brüning und Stegerwald zuerst im Westen, auf dem Zentrumsparteitag für Westfalen, in Dortmund am 5. Mai, ihre Politik vor einem größeren besetzten Publikum rechtfertigten. Der Reichsanwalt Brüning beklagte sich sehr, daß die Sozialdemokraten seine Regierung als eine reaktionäre, rechtsgerichtete bezeichneten. Es klang sehr komisch, wenn Herr Brüning „den ewigen Regierungswechsel, in den letzten Jahren“ beklagte. Er hat doch der Regierung, deren Arbeitsfundament nach den Worten des Mächtigen in der Zentrumspartei, Herr Raas, nicht mehr verlassen werden sollte, ein Ende gemacht, in enger Fühlung mit deutschen nationalen, Volksparteiern und dem rechtsgerichteten Demokraten Meyer. Herr Brüning brachte es fertig, den Reichstag, um das Zentrum führe, als einen Kampf um den Reichstag, um die Demokratie und ihre Gesinnung zu bezeichnen. Für Demokratie und Schiele, dem Agrarier, mit Treviranus, dem Konservativen, mit Brecht, dem Wirtschaftsparteiler, dem Verfasser von Gutachten für verrückte Eigentumsansprüche der Hohenzollern!

Wichtig aber ist noch, was der Reichsarbeitsminister Stegerwald aber in dieser Tagung sagte.

**Stegerwald redete tatsächlich gegen die Brüningpolitik,**

um die Zentrumsarbeiter zu beruhigen. Nach einer Schilderung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sagte er zur Frage der Arbeitslosenversicherung, daß ein Notopfer der Arbeitssicherung zwar nicht schön sei, aber er persönlich könne sich damit oder mit einer neuen Erhöhung der Biersteuer abfinden, wenn diese Einnahmen zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung benutzt würden. Nachdem im Oktober 1929 die hauptsächlich erkennbaren Mißstände beseitigt worden

## Schiefe Rationalisierung.

Das Wort „Wirtschaft“ ist heute ein Schlagwort. Jene Kreise, die den Produktions- und Handelsapparat in Händen haben, betonen bei jeder Gelegenheit mit Vorliebe, daß sie die Wirtschaft verkörpern. In Wirklichkeit hat jedoch ihr Streben und Wirken in des Wortes wahrster Bedeutung mit Wirtschaft nichts zu tun. Das ganze engstirnige Bestreben wurzelt darin, durch Produktion und Handel möglichst viel Gewinn herauszuschlagen; letzten Endes handelt es sich um die einen herauszutreiben gesamte Produktions- und Handelspolitik.

Unser gesamter Produktionsprozess und alle Produktionsmethoden sind schon seit geraumer Zeit einer planmäßigen Umgestaltung unterworfen. Dieser Vorgang ist unter dem Namen „Rationalisierung“ bekannt geworden. Die Rationalisierung der Produktion, wie überhaupt der gesamten Wirtschaft ist zweckmäßig, ja sogar notwendig, wenn die Produktion nicht nach dem privatrechtlich-wirtschaftlichen System, sondern nach den Grundgedanken der planmäßigen Gemein- und Volkswirtschaft aufgezogen wird. Die Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann im volkswirtschaftlichen Sinne nie Erfolg haben, weil die Erhöhung der Produktionsleistung stets auf Kosten der Kaufkraft gehen muß und sich daher nie voll auswirken kann. Der an sich durchaus richtige Grundatz, jede nur angängige Arbeit von technischer Energie und automatischen Spezialmaschinen ausführen zu lassen, entlastet im Sinne der planmäßigen Wirtschaft den Menschen. Aber in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden diese Entlastungen in menschlichen Arbeitskräfte in der Produktion überschüssig und scheiden daher aus dem Produktionsprozesse aus. Auf der anderen Seite aber wird durch die mangelnde Kaufkraft dieser Menschen der Markt geschwächt.

Die Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung taumelt daher von einer Abzweiglinie in die andere, mit der fortschreitenden Rationalisierung werden diese Krisen immer heftiger und nachhaltiger, da die Gesetze immer wieder auftauchender Abbaumaßnahmen ständig die Kaufkraft der breiten Masse schwächen und durch die notwendigen Hilfsmaßnahmen indirekt doch immer mehr belasten müssen.

Greifen wir als Beispiel den Bergbau heraus. Vor Jahren schon fing es an. Die Leistungen der Zechen wurden erhöht, die Rationalisierung wurde den Betrieben durchorganisiert, die Belegschaften verjüngt, Rohlengewinnung und Förderung mechanisiert und gemäß den Grundfäden der wissenschaftlichen Betriebsführung rationalisiert. Der Erfolg trat ein, die Leistung pro Mann und Schicht ging in die Höhe und in wenigen Monaten förderte man, trotzdem viele tausend Arbeiter auf die Straße gesetzt waren, mehr als vorher.

Nicht lange dauerte dieser Zustand, da war die Aufnahmefähigkeit des Marktes erschöpft. Arbeitslosigkeit machte sich bemerkbar, Feiertagskrisen traten in Erscheinung. Im Monat November vier bis fünf Feiertagskrisen verfahren werden. Das ging natürlich auf die Dauer nicht. Man mußte zu einer neuen Einschränkung schreiten. Eine zweite Abbaumaßnahme wurde eingeleitet. Es kamen so viele Arbeiter zur Entlassung, daß man mit den übriggebliebenen die zuletzt erreichte Förderzahl nun ohne Feiertagskrisen erzielte. Sofort setzte eine neuer Leistungstau ein. Die Leistung mußte wieder höher werden. Aber allen hing die Wolke des Abbaues. Und in Jahresfrist war man wieder auf dem alten Stande angelangt. Wieder setzten Feiertagskrisen ein

feien, könnten in der gegenwärtigen Stunde, in einer Stunde der Massenarbeitslosigkeit durchgreifende Verbilligungsreformen durchgeführt werden.

Die rückständige Sozialversicherung in England habe zur Folge, daß dort die Ausgaben für Fürsorge und Wohlfahrtsetzwerke um so höher seien. Die Erhöhung der Wohlfahrtsetzwerke als eine Beitragsreduktion der Arbeitslosenversicherung, als eine Beitragsreduktion zugunsten der Arbeitslosenversicherung, wie diese Rebe Stegerwalds vom 5. Mai 1930 gut merken müssen.

**Die zitierten Bemerkungen sprechen nicht gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten, sondern gegen die Politik, die das Zentrum mit der Volkspartei, mit Brecht, Treviranus und Schiele getrieben hat.**

Insbesondere gegen die Volkspartei sprechen die Worte Stegerwalds, denn wenn diese Partei für Beitragserhöhung, für ein Notopfer oder eine andere Reichssteuer zugunsten der Arbeitslosenversicherung gekämpft wäre, dann wäre es ja nicht zu der heutigen Bürgerblockpolitik, zu der weiteren Verdrängung der Arbeitslosenversicherung gekommen!

Stegerwald bezeichnete nicht die Sozialversicherung als das Kernstück der sozialen Politik der nächsten Jahre, sondern das Kernstück sei:

Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess; Schaffung einer aktiven Reallohnpolitik durch eine gesunde Steuer- und Wirtschaftspolitik; Vorwärtshinweisendes Arbeitsrecht, insbesondere des Arbeitsvertrags- und Tarifvertragsrechts und gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiter in den Gesellschafts- und Wirtschaftsorganismus.

Wie diese Forderungen mit Schiele und der Volkspartei durchgeführt werden sollen, ist unendlich. Ehrlich und vernünftig sind diese von Stegerwald als notwendig hingestellten Aufgaben im Bürgerblock nicht zu lösen. Die Politik dieses Blocks war bis jetzt keine Steuer- und Zollpolitik, durch die Befähigung der Arbeitslosenversicherung ein Schlag gegen die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und gegen eine aktive Reallohnpolitik. Ehrlich und vernünftig sind die von Stegerwald gekennzeichneten Aufgaben nicht zu lösen mit der schwerindustriellen Volkspartei, der verborgenen Wirtschaftspartei oder den deutschen Agrariern, sondern nur in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und dem Millionenheer der Gewerkschaften, ohne die, wie selbst Dr. Scholz auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim sagte, in Deutschland auf die Dauer doch nicht regiert werden kann. Brüning wie Stegerwald sprachen in Dortmund von der Lösung der notwendigen Aufgaben mit diesem oder einem anderen Reichstag. Wie es scheint, fassen beide die Notwendigkeit ins Auge, im kommenden Herbst zu Reichstagsneuwahlen zu kommen, wenn es gelingt, den Reichstag im Juni über die Etatklippen hinwegzubringen.

**Aufgabe des letzten Gewerkschafters muß es sein, diesen entscheidenden Kampf um Arbeiterregistrierung und Arbeiterrecht schon jetzt systematisch vorzubereiten!**

und wieder wurde eine Abbaumaßnahme durchgeführt. Dieser Vorgang wiederholte sich in den letzten Jahren verschiedene Male.

Heute steht der Bergbau allem Anschein nach wieder einmal vor einem neuen Abbau. Auf den meisten Zechen wurde in Jahresfrist die Förderung um 10 bis 15 Prozent gesteigert, trotzdem man vor Jahresfrist ebenso wie heute meinte, es sei nichts mehr herauszuholen. Die meisten Zechen werden daher in Zukunft wieder dazu übergehen, diese Förderzunahme durch einen entsprechenden Belegschaftsabbau auszugleichen. Und dann kann der Lang wieder von neuem beginnen. Doch wie lange noch?

Dieses Beispiel der Produktion läßt sich für jedes Wirtschaftsgebiet anwenden. Entwicklungs- und Leistungsretard sind heute überall die Parole. Überall muß die menschliche Arbeitskraft der Maschine weichen. Rückwärtslos werden die so abgelösten Arbeitskräfte der zermürbenden Arbeitslosigkeit überantwortet. Die Arbeitskräfte der zermürbenden Arbeitslosigkeit werden die Ausgaben der Wohlfahrtspflege steigen. Und gerade jene Kreise, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, wagen es dann noch, gegen den notwendigen Schutz, den die Sozialversicherung dem werktätigen Volke vor dem Verhungern bietet, Sturm zu laufen.

Daher hat diese Entwicklung nichts mit planmäßiger oder rationaler Wirtschaft zu tun. Sie kann nur schiefe Rationalisierung genannt werden und muß von jedem einzelnen Volkswirtschaftler abgelehnt werden. Vorbedingung einer planmäßigen Wirtschaft ist, daß alle Menschen, die doch letzten Endes als Konsumenten der Produktion auftreten sollen, das Recht und die Pflicht haben, ihre Arbeitskraft vollwertig der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, weiter aber auch, daß diese in der Wirtschaft tätigen Arbeitskräfte anteilmäßig und vollwertig bezahlt werden.

Eine Rationalisierung hat nur dann Sinn und Zweck, wenn sich für den Arbeiter die Früchte der Rationalisierung in einer Erhöhung der Reallohn bzw. in einer Verkürzung der Arbeitszeit auswirken, nicht aber in dem Gespenst der Arbeitslosigkeit. Eine zehnprozentige Lohnhöhung vermehrt die Kaufkraft des Volkes um 10 Prozent und erweitert so auch die Abzweigung um 10 Prozent, so daß eine Abzweigung unter diesen Umständen vermieden werden kann.

Wir haben zur Zeit in Deutschland über 2 Millionen Erwerbslose, die von der Erwerbslosenfürsorge Hauptunterstützung beziehen; wir haben weiter etwa 500 000 Menschen, die von der Reserveunterstützung leben müssen. Hinzu kommen noch die vielen Hunderttausende, die der örtlichen Wohlfahrtspflege zur Last fallen sowie weitere Hunderttausende, die, als zwangsläufig aus dem Wirtschaftsprozess ausgemergelt, vorzeitig die Leistungen der Invaliden-, der Ungefiten- oder der Knappschaftsversicherung in Anspruch nehmen müssen oder aber von der Militärrente, der Beamtenpension leben oder auf Wartegeld sitzen. Alle diese Arbeitskräfte hat eine engstirnige schiefe Rationalisierung der Wirtschaft kaltgestellt. Auf der einen Seite ist ihre Arbeitskraft lahmgelegt, auf der anderen Seite ist ihre Kaufkraft geschwächt.

Diese Auswirkung der Rationalisierung der Wirtschaft macht alle angeblichen Vorteile illusorisch, denn heute sind nach obiger Aufzählung etwa 20 Prozent des gesamten werktätigen Volkes in irgendeiner Weise von den Früchten der Rationalisierung betrogen. Rechnet man, daß dadurch auch 20 Prozent der menschlichen Arbeitskraft lahmgelegt und etwa 10 Prozent der Konsumfähigkeit, so kommt jedem denkenden Menschen der ganze Widerspruch unserer Wirtschaftsordnung und vor allem der Entwicklung der letzten Jahre so recht zum Bewußtsein.



# HAUS UND LEBEN

## Der Lohntampf.

Es wurde beschlossen, zehn Delegierte an die Direktion zu entsenden, um die Beschwerden der Arbeiter vorzubringen und zu verhandeln. Gurlaux schlug die zehn Aeltesten vom „Moloch“ vor, zwei Puddler, zwei Heizer, einen Schmied, einen Schieber, und die übrigen aus anderen Abteilungen der Fabrik. Aber die meisten, alte, durch den langen Fronddienst verhäuferte Proletarier, die der Gedanke, den „Herrenleuten“ gegenüberzutreten, erschröckte, schoben die Mission, zu reden, einer auf den anderen. Um all diesem Jögern ein Ende zu machen, zog irgend jemand an der Klingel vor dem Eingangstor. Fast allogleich trat Totenstille bei der wogenden Menge ein, als folgten alle dem vibrierenden Tone, der mit keinem metallischen Klang dem Direktor den Notschrei der Menge übermitteln sollte.

Ludon ließ seinen Rechen stehen und fragte nach dem Begrüßten. „Geh zum Herrn Poncelet und sage ihm, daß zehn Männer ihn sprechen wollen. Zehn, aber nicht einer mehr!“ Im nächsten Augenblick sah man den Holzfuß, der Instruktionen erhalten haben mochte, auf die Büros zuhumpeln. Nach einer kleinen Weile erschien er wieder, vom Betriebsleiter und Jamioul gefolgt. Beifallrufe stiegen in die Luft:

„Hoch Jamioul!“ Vor diesem energischen Sympathiebeweis trat der andere Ingenieur zurück. Da näherte sich Jamioul, der seit Ausbruch des Streiks selbst in einer ungeheuren Aufregung besaß, und sprach mit erstickter Stimme:

„Liebe Freunde, ihr werdet begreifen, daß es der Direktion unmöglich ist, mit euch allen zu verhandeln. Ich nehme daher in ihrem Namen das Anerbieten an, zehn von euch eintreten zu lassen.“

Neuerliche Beifallrufe drangen aus der Menge; dann betrat die Aeltesten den Hof und wurden von zwei Ingenieuren in das Sprechzimmer des Direktors geleitet. Poncelet stand bei seinem Schreibtisch und taute in feberhafter Erwartung an seiner Zigarre. Als sie der Reihe nach eintraten und sich mit linkschulterförmigen gegenseitig vorschoben, während sie kleine, verlegene Verbeugungen machten, begrüßte er sie:

„Guten Tag, Kinder. Laßt hören, was ihr wollt?“

„Gnädiger Herr“, sprach Felicien-Polvdore Rainvin, ein Heizer, der seit einem halben Jahrhundert im „Moloch“ arbeitete, die Kameraden schicken uns wegen der Lohnangelegenheit. Man möchte schon wieder arbeiten, o ja, aber man soll uns unsere vier Sous wieder zurückgeben.“ Nachdem er anfangs zwischen den einzelnen Worten verlegen in die Hand gehüßt hatte, war er immer mutiger geworden und stand nun stramm vor dem Direktor, seine Miße zwischen den Fingern zerkümelnd.

„Er hat ganz recht, der Rainvin“, bekräftigte der Hammer-schmied Groganau. „Die Kameraden verlangen das. Und sie sagen, daß die Herren von der Verwaltung sowieso Geld genug einnehmen, daß sie nicht noch den armen Leuten das bißchen Brot wegzuschnappen brauchen.“

Nun kam ihm auch noch der Heizer zu Hilfe: „Bei den harten Zeiten, die jetzt sind, wäre es wirklich nicht schön von Ihnen. Alle Wetter! Es gibt auch noch ohne das genug Elend.“

„Hunger haben wir“, brummte Schieber Suret in den Bart. Wie Pistolenkugeln knallten sie diese Erklärungen einer nach dem anderen ab, mit gerungelten Brauen und vor Aufregung zitternd, ohne in ihren schwerfälligen Gehirnen, die bloß mit einer beschränkten Anzahl von Begriffen und Ideen dahingelegierten, andere Argumente als die des Mitleides und ihres Elendes aufstreiben zu können.

Poncelet ließ sie ruhig ihr Herz ausschütten; sodann antwortete er ihnen als gewandter Redner mit denselben Argumenten, die alle Direktionen im Kampfe mit den Arbeitern un-wandelbar ins Treffen führen. Er wünschte sich nichts Besseres, als ihnen alle Tage ein Huhn in ihren Kochtopf geben zu können; er hielt sie alle für wackere Leute, liebte sie wie seine eigenen Kinder; aber die Geschäfte gingen schlecht, die Lager seien überfüllt, und um Arbeiter und Arbeitgeber schlinge sich das enge Band gemeinsamer Interessen. Er spann dieses Thema mit banalen, höflichen Phrasen aus, die ihnen die Rippen ver-schloßen; denn sie fühlten sich unfähig, ihm in der gleichen Weise zu entgegen. Und seitgebannt standen sie da, von seiner Beredsamkeit zermürbt, von den Fäden seiner bestreidenden Rede umgarn. Sodann schalt er sie in freundschaftlicher Weise wegen der Kinderereien, zu denen sie sich hatten hinreißen lassen, zu dem unnützen Streik. Dem man durch eine Aussprache hätte vorbeugen können. Und er schloß mit der Erklärung, daß die Administration die Lohnreduktion aufrechtzuerhalten, so sehr sie es auch bedauere, hierzu genötigt zu sein, und daß sie verspreche, nach Beendigung der Krise die Auszahlung nach den früheren Sätzen vorzunehmen.

Sie hatten ihn angehört, ohne alles zu verstehen, in ihren großen Ohrmuscheln dräuend seine Worte wie ein tosender Wasserfall und als er innehielt, saßen sie sich verdußt an. Miß-trauten ihm zwar noch, doch waren sie halb und halb zu den Gründen, die ihnen Poncelet hingesetzt hatte, bekehrt. Mit gedämpfter Stimme berieten sie untereinander.

Groganau, dem wohltonende Phrasen nicht ganz fremd waren, erklärte, daß Poncelets Gründe eigentlich recht annehm-bar wären; aber einer der Heizer schob sein Kinn mit einer un-schlüssigen Grimasse vor:

„Werden wir erfahren, ob er wirklich die Wahrheit gesagt hat?“

„Na“, brummte der Schieber. „Wenn's wahr ist, dann kann's mir recht sein. Dann hat er freilich auch recht.“

Da das Stimmungsgewirr ihrer Beratungen kein Ende zu nehmen schien, wandte sich Poncelet, der mit Bern und Colet, den beiden Ingenieuren sprechend, nach ihnen um und sagte herablassend:

„Wenn ihr noch etwas zu fragen habt, so geniert euch nur nicht, liebe Freunde, ich stehe euch gerne zur Verfügung.“

Da wagte Rainvin noch einen letzten Versuch:

„Ich weiß ja, daß Sie ein ehrlicher Mann sind. Man kennt sich doch, nicht wahr? Aber immerhin, das war nicht recht von Ihnen; das Brot ist um anderthalb Centimes pro Pfund teurer geworden. Bis jetzt war das Leben auch schon so schwer. Was soll jetzt werden? Die Kameraden werden uns Lumpen nennen, wenn wir zurückkommen, ohne die vier Sous.“

Und in seiner Ohnmacht, ihre Beschwerden ordentlich aus-zudrücken, läute er alles Gesagte wieder, ihr Elend, ihre Kin-der, die Ueberforderung, die ihnen ihre Habe geraubt, und dann noch die Katastrophe, die in den Familien die Köpfe weg-gemacht hatte. Aber bei dieser Anspielung fiel ihm Poncelet ins Wort. Und im Tone sanften Vormwurfs sprach er mit zitternder

Stimme von den Opfern, die die Verwaltung auf sich genom-men, von den bewilligten Pensionen, den Schmerzensgeldern für die Verunglückten; man hatte die Kassen vollständig ausplün-dern müssen, um nach besten Kräften das Unheil gulzumachen, die Familien abzufinden, das Walswerk zu rekonstruieren. Nun fand er beinahe echte Tränen, um die Blüte, die im Budget entstanden war, zu beweinen. Uebrigens waren sie auch ein wenig selbst schuld an dem Elend, über das sie klagten: sie hätten keinen Ordnungssinn, verstanden nicht ein wenig Geld beiseite zu legen für schlimmere Zeiten, und prahten, anstatt zu sparen. Er stellte sich selbst als Muster hin, der erste Vertreter einer großen Gesellschaft: nur durch Sparsamkeit und Voraus-sicht war es ihm gelungen, in dieser etwas anders gearteten Wirtschaft des Hüttenwerkes Ordnung zu halten. Jamioul, der sich eine Ecke des Zimmers hinter den Schreibtisch zurückgezogen hatte, hörte ihm mit gesenktem Haupte und verschränkten Armen zu. Düstere, tieftraurige Blide warf er auf dieses Häuflein un-geliebter Menschen, über die wieder einmal eine Schaupiel-er-komödie Recht behalten sollte; und er gedachte der ständigen Rolle des Betrogenen, die der Arbeiter in seinem Kampfe gegen die Brotgeber spielt, wenn er nackt und unbewehrt keine anderen Argumente ins Treffen zu führen vermag als seine ab-gesetzten Glieder, seinen Gram, seine kümmerliche Leidens-gehalt eines abgebrochenen Kiesen, während jene, die Kapitäl-isten, mit ihren Sophismen, ihrer bestridenden Dialektik, mit allen Vorteilen der Erziehung, der gewohnten Denkfähigkeit und dem Nimbus der Autorität bewaffnet, zu Felde ziehen.

Poncelet hatte sich einen Schlüßeffekt aufgeparkt: „Ihr seid biedere Leute. Nun also, hört, ich frage euch, könnt ihr uns etwas vorwerfen? Haben wir nicht mit väter-licher Hilfsbereitschaft für euch gesorgt? Haben wir nicht alle Leiden, von denen wir erfuhren, zu lindern versucht? Sagt, ist's denkbar, daß man mehr und besseres leisten könnte, als was wir getan?“

Die Männer ließen die Köpfe sinken. Beim Sprechen war er auf sie zugetreten, hatte sich unter sie gemischt, als wollte er sich damit aller Privilegien des Standesunterschiedes begeben. Und gemächlich, mit gesuchter Freundlichkeit, die Hände in den Hosentaschen, verfolgte er sie mit seinem fortwährenden: Sagt, ist's nicht so?, daß er ihnen wie eine Lanze in die Seiten stach. „Es ist ja wahr, dagegen läßt sich nichts sagen“, wiederholten sie mechanisch, da sie sich in ihren letzten Verzweiflungen geschlagen sahen, und nickten resigniert mit den Köpfen.

Rainvin zog sich als erster langsam zur Tür zurück; er be-deckte sich mit seiner Miße, nahm sie sodann wieder ab. Und als er mit schleppenden Schritten schon im Hinausgehen war, machte er noch einen letzten Versuch zu feilschen:

„Herr Direktor, wenigstens zwei Sous geben Sie drauf!“

„Ganz ausgeschlossen“, bereuete Poncelet. „In diesem Punkte ist es mir ganz unmöglich, nachzugeben; ihr kennt jetzt die Gründe. Geh und sagt euren Kameraden, daß ich bereit bin, sie wieder zurückzunehmen unter der Bedingung, daß sie sich morgen früh in den Werkstätten einfänden. Sagt ihnen auch, daß es mir eigentlich ganz gleichgültig ist, wenn sie feiern; unsere Lagerbestände reichen wenigstens für sechs Monate aus.“

Jamioul, dem diese Szene das Herz abdrückte, und der hinter ihren nutzlosen Einwendungen die schließliche Unter-werfung ahnte, drängte sie nun auch zum Eingang und sagte: „Verliert nur nicht den Mut. Es werden bessere Zeiten kommen. Nicht immer werdet ihr so unglücklich sein.“ Weidut gingen sie weg und besprachen untereinander, was sie hätten sagen sollen und doch nicht gesagt hatten.

(Aus dem im „Bücherkreis“ erschienenen Roman „Der eiserne Moloch“ von Camille Lemonnier.)

## Das Buch des Bergmanns.

Jeder Mensch hat irgendwie ein Buch, in das er verliebt ist, das er immer und immer wieder hervorholt, dessen Sinn er durch und durch kennt — dessen Worteschwung ihn aber immer wieder erfrischt, so wie dich sommers auf der Waldwanderung ein Trunk kühlen Quellwassers erfrischt. Jawohl, noch einmal: jeder Mensch ist verliebt in irgendein Buch! Der eine liebt die Bibel, der andere ist mit Karl Marx' „Kapital“ ein Umbauer der Zukunft; wieder ein anderer geht mit Till Ulenspiegel von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, überall lustige Streiche aus-führend — laß dich kaputt; der da liebt die Weltgeschichte, er formuliert Verbindungen zwischen den verschiedensten Zeitaltern, aus der Antike folgert er den notwendigen Werdegang des Mittelalters; noch ein anderer ist in Spanien daheim, er reitet mit Don Quixote zum Kampf gegen die Windmühlen, er legt sich bei den Schafen ins Heubett — und träumt von schönen Ritterdamen. Was aber mein Freund ist: Jupp, der Bergmann, der hat ein Buch, wie kein anderer es hat — ein Buch mit goldener Schrift, Jupp, der Bergmann, liebt im Buche der Sterne! Da staunste — gellet?

Abend, ich schlendere so 'n bißchen an den Gärten entlang, an den Schrebergärten — die zwischen dem stöhnenden, ächzen- den Zehentier und der Wohnsiedlung liegen. Verlorene Gärten, alle früher oder später dem Tode geweiht. Von Schlacken-halden werden sie gefressen oder von neuauftauchender Industrie oder die Siedelung selbst wird ihre eigenen Gärten verschlucken. Eine stille Behmut hängt über dem Schrebergärchen, über dem Paradies der armen Leute — die Behmut des Nichtfertigseins und die Behmut eines nahegefügten Lobes. Stiefkinder sind die Schrebergärten — Stiefkinder in der großen Gartenfamilie. Und doch auch wieder tragen sie ein kleines bejhdeneues Glück in sich, diese Gärchen zwischen Industrie und Siedlung, ein kleines Glück von Sich-Becheiden, von stillem Zufriedensein. Jetzt im Pent, fühlst du den blauen Duft der Veilchen. Dieser Duft ist härter als der Geruch von Ruß und Schlacke — atme, am Abend, jetzt mit mir den Duft von Veilchen, Hyazinthen und Narzissen. In der Ferne flammen die Hochöfen, die Zecherunart wie Erdbengrollen und über den hohen Bahndamm

fließt die lange goldene Kette eines 10-Zuges. Da zittern die Gärchen.

Ich gehe so ganz, ganz alleine für mich hin, nur begleitet von meinem stillen Gedanken —. Dort vorne am Wege aber — da steht noch ein Abendgänger — nanu, den Hut in der Hand, breitbeinig, den Kopf im Nacken — stois, ich ahne: das ist Jupp, Jupp: der Sternensucher. Auch ich bleibe stehen — und dann sage ich: na, Freund Bergmann, was ließe denn da droben wieder in deinem Buche? Jupp zuckt zusammen wie jemand, dem man im Traume ins Ohr bläuft. Er dreht sich um, er seht den Hut auf, er nimmt den Hut wieder ab, er streicht sich mit dem Handrücken über die Stirne, dreimal — und dann reicht er mir diese seine Gedankenhand, die große schwielige Ehren-hand des Bergarbeiters! Guten Abend — Guten Abend. Weiter sagen wir nichts. Wir gehen nun nebeneinander her. Dann sehen wir einen leeren Rollwagen am Wege stehen — das gibt 'ne Bank. Jupp und ich alter Humpelmeyer: wir legen uns. Immer wird noch nie geredet, es wird nicht mal geraucht, nur der Briem geht von einer Munddecke in die andere. Selbstver-ständlich haben wir alle beiden die Nasen im Himmel, wir gucken auf die Sterne. Es ist aber auch eine Pracht da droben. So blank sind sie selten, unsere lieben sprechenden Sterne!

Plötzlich bricht das Schweigen, Jupp liest vor, aus seinem hohen goldenen Buche — Jupp deutet die Sterne. Zu denken, sagt er, daß all die goldenen Fliegen da droben durcheinander-schwirren, linksrum und rechtsrum, ein Müdenschwarm fertiger und halbfertiger und sterbender Welten. Es sind viel mehr Sterne droben, als wir sehen. Wir sehen nur die lebenden Sterne, die atmenden Sterne sehen wir, die jungen Sterne, sie alle tanzen über den Friedhof verstorbenen Welten hinweg. Die Jungen tanzen, die alten, roten, zerbrockelnden, die schwarzen Sterne, die sehen wir nicht. Ich frage: Jupp, wolltest du deine Toten gerne sehen, verwelt? — Na, das nicht, aber ich denke gerne an sie.

Jupp ist wie ein Strom geworden, eine halbe Stunde lang schwäht er nun schon von seinen Sternbildern, seine Sprache ist gehoben, sie fließt und fließt, man fühlt unter seiner Sprache das Feuer des Herzens — Jupp zieht Gleichnisse zwischen Ster-nen- und Menschenwelt, er spricht von den Revolteuren unter den Sternen: von den Planeten, die hier mal auftauchen und dort dann wieder verschwinden, die wie heilssingende Vagabunden über den Himmel hinwegstreichen, die die geregelten festen Bahnen der Fixsterne verlassen, die als Venus und Saturn ihre eigenen Wege springen! Die ewig gleichen Bahnen, das ist nicht schön. So liest mein Freund, der Bergmann, aus seinem goldenen Himmelsbuche mir vor. Der Strom der Rede bricht ab. Wir gucken zu den Hochöfen hinüber — rosig glühender Glanz — die Kollegen dort am Hüttenwerk lassen das flüßige Eisen ab: Ein Güterzug rollt schwer hinter unserem Rücken vorbei.

Wir haben etwa fünf Minuten geschwiegen — wir haben ringsum geguckt, zu den kleinen Lichtern der Siedlung hinüber — hinüber haben wir geguckt zu den großen weißblauen Monden der Zechenanlage. Und auf einmal gucken wir wieder nach oben — aufs Sternensbuch. Und Jupp wiederholt einen Satz von vorhin — dieses: Die ewig gleichen Bahnen schreiten — das ist nicht schön! Die Lisbeth hat recht. — Wieso, sage ich, Lisbeth? sie hat recht? um was? Meinst du deine Tochter Lisbeth? Ja-wahl, sagt er — und sie ist mir durchgebrannt. Ich springe auf: Waas, deine Lisbeth, die achtzehnjährige, die ist dir durchge-brannt? Na, so erzähle doch, was willst du dagegen machen —? Jupp streicht sich mit den Fingerspitzen übers Haar, Stirn und Wangen, seine Hand zuckt leicht nervös, aber sein ruhiges Wort: Gestern kriegte ich 'ne Postkarte, aus Italien, aus Genua, ein blaues Meerbild, eine bunte Stadt, ein weißer Leuchtturm — und dieses stand drauf: „Lieber Papa, sei mir nicht böse, morgen fahren wir nach Ägypten. Ruß, deine Lisbeth.“ — Ei, Jupp, mit wem ist sie denn los? — Ja, wenn ich das wüßte, knurrte Jupp, das steht ja nicht mal droben in meinem Sternensbuche, mit wem sie ist? Ich frage: hatte sie denn 'nen Schatz hier? Was weiß ich, sagt Jupp, sie war doch Verkäuferin im Strumpf-geschäft — vielleicht hat sie auch 'n Strumpfschlag gehabt? Daß sie reifen, sie ist jung, ich bin mit achtzehn Jahren meinem Alten auch durchgegangen — nach Hamburg, als Kohlenzieher zu See. Aber Jupp, die Lisbeth ist doch 'n Mädchel, ich verstehe deine Rede nicht. Guck: lies da droben im Sternensbuch, dann verfehlt du meine Ruhe. Die Lisbeth ist ein Planet, wie die Venus wollte sie mal andere Wege gehen, nicht die täglich gleichen. Lisbeth ist die Tochter eines Revolteurs: und der bin ich: der Sternens-jupp von Zechen Siebenteich.

Nach zehn Tagen. Ich habe immer an die Lisbeth gedacht. Jupp's Tochter: in Genua, verführt? Was will sie in Ägypten? Ich halte es nicht mehr aus, ich laufe zum Jupp, jetzt noch, gleich, wenn 's auch schon zehn Uhr abends ist. Jupp's Haus er lehnt im Fenster, hinter sich ein wenig Helles, um sich ein wenig Pfeifenrauch — und natürlich den Kopf nach oben: Jupp liest wieder in den Sternen.

Er hört mich — er sieht mich. Komm 'rein, sagt Jupp. Und dann ruft er: Mutter, da is noch 'n Büdel Bier, bring die mal her. Und Jupp gießt ein, goldgelbes Gläser mit weißen Kronen: proßt. Es leben die Sterne! Dann sagt Jupp mit glücklichem Gesicht: Sie is wieder hier, sie arbeitet wieder im Strumpf-geschäft. Gott sei Dank, hüßst es mir vom Herzen. Seih, wo war denn die Lisbeth, so 'n Mädchel aber auch. Schaa, wo sind die Planeten, wenn du sie nicht siehst, fragt mich Jupp. Und weiter sagt er stolz: Sie hat nie verraten, mit wem sie war, aber ihr Antlitz strahlt wie die Sonne Sirius, sie hat mir ins Ohr geflüstert: Papa frag nie, übers Jahr heiraten wir — er heißt Otto, er ist am Magistrat, er hatte Urlaub, er kauft bei uns immer Handschuhe. Wir wollten von Genua nach Ägypten, Indien und Australien. Aber Otto sein Geld ging alle, und dann hätte er ja auch seinen Posten am Magistrat verloren. Papa, schimpf nie, die Mutter is mir schon wieder gut. Und ich bin ihr auch gut, sagt Jupp, sie ist ein Sternensmädchel, eine Planetin ist sie. Hochum: Genua — mein Lieber, das ist kein Kagen-sprung. Und wenn sie heiratet: dann soll der erste Junge „Meteor“ heißen — daß er einmal werde wie die Meteoriten am Himmel: hierhin und dorthin — keine festen Bahnen, kein Leben an Zwang und veraltetem Gesetz — und dennoch Gesetz, das höchste Gesetz: Freiheit in klarer Selbstbestimmung! Dieses Gesetz steht im Buch der Sterne.

Proßt, nochmals: Glück für die Lisbeth — das Mädchel weiß, was sie will. Wir dürfen sie nicht lange fragen, sonst verderben wir alles. Eine gesunde Natur geht gesunde Wege, selbst wenn diese Wege in Genua münden. Kerle, sagt Jupp: wäre ich jung, ich machte es wie die Lisbeth, ich rückte auch noch mal aus Na Jupp, dann aber verlangte ich eins: Nimm mich mit!

Max Dortu.

**Die 20** Beitragswoche **läuft vom 11. bis zum 17. Mai 1930**  
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

# Entwurf eines internationalen Sozialprogramms.

Zwei Hauptpunkte hat der I.O.B. auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik. Natürlich ist es nicht das erste Mal, daß der I.O.B. sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Unsere ganze Arbeit vor dem Kriege war der Sozialpolitik gewidmet und die hauptsächlichsten Vorarbeiten zur Internationalen Washingtoner Arbeiterschutzkonferenz sind auf den Internationalen Gewerkschaftskongressen von Bern und Leeds geleistet worden. Auch nach dem Kriege hat der I.O.B. wiederholt sozialpolitische Fragen behandelt, und besonders seine Mitarbeit am Internationalen Arbeitsamt in Genf ist vorwiegend sozialpolitischen Inhalts. Aber was ihm bisher fehlte, das war ein sozialpolitisches Programm, das die Arbeit in den angeschlossenen Ländern nicht bloß einheitlich inspiriert und vorwärts treibt, sondern auch die gemeinsame internationale Arbeit möglichst auf den gleichen Nenner bringt. Damit soll natürlich nicht verbunden sein, daß der sozialpolitische Fortschritt in den einzelnen Ländern abhängig gemacht wird von dem Tempo der rückständigen Staaten. Es war stets das Vorrecht der Arbeiterschaft der bestorganisierten Länder, das Banner des Fortschritts voranzutragen und Breche zu legen in den Wall desManchesterlichen Kapitalismus. Das internationale Sozialprogramm darf und soll das auch in Zukunft nicht hindern. Wie aber schließlich jeder Fortschritt bedingt ist von dem Nachdrücken der Minderbegünstigten, so ist besonders der internationale Arbeiterschutz abhängig vom Ausgleich der Arbeitsverhältnisse auf dem Weltmarkt und von internationalen Vereinbarungen, die gleiche Soziallast in allen Ländern zu übernehmen. Ein Land kann nicht dauernd ohne wirtschaftliche Nachteile größere Lasten übernehmen, wenn andere Länder sich sperren und mit ungezügelter Arbeit ihr soziales Dumping fortreiben dürfen. Deshalb hat man sich auch in Washington 1919 und später in Genua und in

## eine Reihe internationaler Arbeiterschutzforderungen

Genf verständigt, und die ganze Arbeit des Internationalen Arbeitsamts dient diesem Bestreben. Freilich steht es schon mit der offiziellen Anerkennung dieser Verständigungsformeln seitens der einzelnen Länder übel aus. Welche Schicksale hat nicht seitdem das Abkommen über den Achtstundentag über sich ergehen lassen müssen, das auch heute erst von wenigen Ländern bedingt, von den wichtigsten Industriestaaten aber überhaupt noch nicht anerkannt ist, nicht einmal von Deutschland, trotz des wiederholten Drängens der Gewerkschaften. Mit den anderen Konventionen mag es hier und da besser aussehen, aber keine hat jeither lächelndes Anerkennung gefunden. Und die Durchführung läßt sich noch mehr zu wünschen übrig. Nun handelt es sich bei der internationalen Sozialpolitik aber nicht um den Arbeiterschutz allein, sondern es gehören dazu auch die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Tarifverträge, das Schlichtungswesen, die Arbeitsgerichte, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, der Wanderungsschutz, das Kollektiv-, Vereins- und Versammlungsrecht usw. In weiterer Auffassung gehören auch der Lohnschutz und das ganze Arbeitsvertragsrecht, die Wohnungsfürsorge, die Jugendfürsorge und viele andere Zweige des öffentlichen Wirkens dazu. Es ist eine Frage der Erziehung und der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Stärke und Aktionskraft in den einzelnen Ländern von denen jeder Fortschritt abhängt. Der Erziehung zum Fortschritt soll aber gerade das sozialpolitische Programm des I.O.B. dienen, und es soll dazu beitragen, die Arbeiterschaft überall zur Stärkung ihrer Organisation anzuspornen, damit diese Fortschritte verwirklicht werden und damit aus der Summe der einzelnen Fortschritte sich ein bemerkenswerter Gesamtschritt ergibt. Internationaler Ausgleich bedeutet hier also nicht absolute Gleichheit und Beherrschung, bis jener Zustand erreicht ist, sondern Drängen zum beschleunigten Nachrücken in die gemeinsame Front, während inzwischen weitere Bastionen der Gegner sturmreif gemacht werden.

## Ein internationales Sozialprogramm

soll den Genossen in den rückständigen Ländern die Arbeit erleichtern, ohne den Kampfesifer in den fortgeschrittenen Ländern abzuschwächen.

Ein solches Sozialprogramm kann natürlich nicht allzusehr ins Einzelne gehen, sondern muß sich auf die großen, bedeutenden Forderungen beschränken; es muß weitreichende Ziele aufstellen, ohne alle dazwischenliegenden Etappen bezeichnen zu müssen. Das kann ruhig der Aktion der einzelnen Landeszentralen überlassen bleiben. Der Achtstundentag, der vor 41 Jahren vom Pariser Kongress aufgestellt wurde, war ein solches Stück Programm, ebenso der Frauen- und Jugendschutz, die obligatorische Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, die Arbeitslosenversicherung u. a. mehr. Es wird nicht entgegen sein, daß der vom Vorstand des I.O.B. unterbreitete Programmentwurf sich recht weit von diesem Ziel lapidarer Kürze entfernt. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß gestanden werden, daß es sich dabei im wesentlichen um einen deutschen Entwurf handelt, der in Amsterdam noch eine Reihe von Erweiterungen, die nicht gerade Verbesserungen sind, erfahren hat. Was dabei herausgekommen ist, das ist ein Entwurf, der aus einer Einleitung und 16 Abschnitten mit zahlreichen Einzelheiten und Sozialforderungen besteht, von denen befürchtet wird, daß, wenn sie von den Verbandsvorständen unter die Lupe genommen werden, sie deren Ansprüchen nicht einmal genügen, sondern noch vervielfältigt werden könnten. Wenn aber schon in Deutschland die Verständigung über solche Einzelheiten überaus schwierig wäre, wie will man damit auf einem internationalen Kongress zurechtkommen, wo die Vertreter jedes Landes unter anders gelagerten Voraussetzungen und Vorstellungen an die Redaktion des Entwurfs herantreten. Hier führt die zu weit getriebene Spezialisierung zur Verwirrung, in ein Dickicht, aus dem sich kein Weg herausfindet.

Eine wesentliche Vereinfachung des Entwurfs als internationale Diskussionsgrundlage ist also nicht zu vermeiden. Ein internationales Programm muß knapp und weitgedehnt sein, die Lücken bis zu jenen Zielen auszufüllen, sei es durch spezielle Durchführungsbeschlüsse zur Aktion oder durch Agitationschriften zur Propaganda. Freilich müssen

## die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Vermögens

liegen, dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit uns ernsthaft streitet, und die höchstens die Kommunisten reizt, uns beim Wort zu nehmen. So hat es z. B. keinen Zweck, heute allerorts den Sechsstundentag zu fordern, selbst wenn wir überzeugt wären, daß die rationalisierte Wirtschaft mit sechs Stunden täglicher Arbeitszeit heute vielleicht schon auszukommen vermöchte — weil die Gewerkschaften keines Landes ernsthaft an die Erkämpfung desselben heranzutreten vermöchten. Dagegen wäre der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche oder selbst die Fünftagehalbtagewoכה als Ziel noch immer weitreichend genug, um die Kräfte anzuspornen, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, die den einzelnen Ländern die freie Wahl für die Durchführung läßt, nicht ausreichen sollte.

Daß man für Jugendliche neben der Ausdehnung des Schulkalters bis zum 18. Jahre obligatorischen Fach- und Fortbildungsunterricht unter Einrechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit fordern muß, weiterhin Ausschluß von der Bergarbeit unter Tage und von gesundheitschädlichen Beschäftigungen, ist wohl selbstverständlich. Weniger verständlich erscheint aber die Forderung längerer Ruhepausen als für erwachsene Arbeiter, zumal dies die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitsprozeß erschwert. Dies gilt auch für Frauen. Dagegen würde man ein unterschiedsloses Verbot der Nachtarbeit befürworten, ausgenommen für solche Betriebe, in denen die technische Natur der Arbeit es erfordert oder wo es im öffentlichen Interesse oder in Fällen von Gefahr erforderlich ist. Für kontinuierliche Betriebe ist an dem Grundgesetz festzuhalten, daß die Wochenarbeitszeit der darin beschäftigten Arbeiter nicht länger währen darf als die der übrigen Arbeiter. Hier mögen durch Springer- und Wechselschichten die Voraussetzungen für eine normale Beanspruchung der Arbeiter gesichert werden. Für die Arbeitszeit im allgemeinen ist noch zu sagen, daß der Grundgedanke der maximalen Begrenzung einer stärkeren Betonung bedarf und daß Arbeitszeitverlängerungen durch Ausnahmen unter erschwerter Bestimmung und verstärkter Kontrolle zu stellen sind. Für Sonntagsarbeit hat, wie für Nachtarbeiter, der Grundgedanke zu gelten, daß ein Verbot für alle Fälle zu verlangen ist, in denen nicht der kontinuierliche Betrieb technisch erforderlich ist oder öffentliche Interessen, allgemeine Bedürfnisse oder höhere Gewalt sie bedingen. In allen Fällen darf die Wochenarbeitszeit durch solche nicht verlängert werden. Der Grundgedanke der Bezahlung für Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist festzuhalten.

Was den Gefahrenschutz betrifft, so könnte man, wenn man den Forderungen einzelner Berufskongresse folgen wollte, allein ein ganzes Buch von Forderungen zusammenbringen. Da aber die internationale Aktion gerade auf diesem

Gebiete über die Anfänge wenig hinausgekommen ist, so ist gerade hier eine weise Vorsicht und Zurückhaltung am Platze. Immerhin wird man Forderungen, wie der Gleichstellung von Berufskrankheiten mit den Unfällen sowie der Aufstellung einer internationalen Giskliste zustimmen können.

Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheitschädlicher Arbeitsprozesse sowie der Herstellung von Lebens- und Genußmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnämter und Mindestlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andere Gewerbe zu übertragen.

Der Abschnitt „Sozialversicherung“ zeichnet sich durch bemerkenswerte Kürze aus, dem nichts hinzuzufügen ist, ebenso die Abschnitte über Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung.

Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzusehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangsarbitren wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel, als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären. Wer die tarifliche Abneigung des Unternehmertums kennt, wird mit der Forderung tariflicher Regelung aller Arbeitsverhältnisse nicht bei der Freiheit der Arbeitgeber haltmachen können.

Der Punkt 16 bedarf einer besonderen Würdigung; hier wird Trennung von Arbeits- und Mietvertrag, daneben besonderer Schutz der Bewohner von Wertwohnungen verlangt. Für ein internationales Programm dürfte die erste Forderung ausreichen. Die Forderung einer längeren Kündigungsfrist hat natürlich ihre Schattenseiten hinsichtlich der Bindung der Arbeitnehmer bei Streiks. Daß aber der Entlassungsschutz für Arbeiter und Angestellte verschieden behandelt und für letztere allein eine besondere Entlassungsschädigung gefordert werden könne, erscheint mir völlig unferindlich. Der Bundesvorstand hat in dieser Hinsicht den Forderungen des A.L.-Bundes noch niemals nachgegeben und würde es international erst recht nicht verantworten können. Diese Forderungen sind übrigens vom Vorstand des I.O.B. in Amsterdam gegen den Willen des Vertreters des A.D.G.B. in den Entwurf aufgenommen worden. Paul Umbreit.

# Sechste Bundesausschubssitzung des ADGB.

Am 5. Mai trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 6. Tagung im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen.

Der stellvertretende Vorsitzende Peter Graßmann eröffnete die Sitzung mit Mitteilungen über die Zusammensetzung des Lehrkörpers der neuen Bundeschule, die am 4. Mai eröffnet worden ist.

Graßmann berichtete sodann über eine Reihe von Anträgen auf Geldbewilligungen, von denen nur einer hervorgehoben sei: Der Bundesvorstand hat für das Konjunkturforschungsinstitut weitere 5000 M. bewilligt und gleichzeitig zwei weitere Vertreter und zwei Stellvertreter ins Kuratorium des Instituts ernannt.

In einem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe von vorliegenden Entwürfen erwähnte Graßmann insbesondere die Entwürfe zu dem Arbeiterschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Bergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher in der Glasindustrie. Besondere Maßnahmen vorzuschlagen, um den Zutritt junger Erwerbssuchender für einzelne Gewerbe abzudrosseln, muß der Bundesvorstand ablehnen. Er hält es nur für möglich, die Jugendlichen davor zu warnen, Berufslosigkeit zu ergreifen, in denen das Mißverhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders groß ist.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab Schlime (Bundesvorstand) einen Bericht über die Regelungen, die mit den verschiedenen Gewerkschaften, insbesondere dem Gesamtverband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem Verband des ADGB ausgeschieden ist. Außerdem behandelte er die Frage der Anerkennung der 25jährigen Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Es ist über die Stellung der Verbände eine Umfrage veranstaltet worden, die ergab, daß die große Mehrzahl der Organisationen Mitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Verbänden angehört haben, aber den Nachweis dieser Mitgliedschaft erbringen können, ebenso behandeln, wie die Mitglieder, die 25 Jahre in einem Verband angehört haben. Diesen Standpunkt hält auch der Bundesvorstand für den allein richtigen.

Spriedt (Bundesvorstand) sprach über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sehr ungünstige Zahlen aufweist und über die zukünftige Entwicklung keine günstige Prognose zuläßt. Der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung bleibt im Gegensatz zu dem von den Gewerkschaften gewünschten Regelung auf 3½ Prozent; der feste Zuschuß des Reiches beträgt 150 Millionen; der sogenannte Notfonds soll mit 30 Millionen gespeist werden. Tatsächlich wird man nur mit einer Zuschußmöglichkeit von rund 200 Millionen rechnen können, mit denen man aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auskommen wird. Die Absichten der neuen Reichsregierung sind noch nicht bekannt, es ist nur vorgeesehen, daß das Reichsversicherungsministerium bis zum 15. Mai Vorschläge über den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben machen soll. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll Vorschläge unterbreiten. Daß im Vorstand der Reichsanstalt eine Einigung auf bestimmte Vorschläge erzielt werden kann, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die nächsten Monate werden daher neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung bringen. Aus diesem Grunde hat der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, in der unter dem Hinweis auf frühere Stellungnahmen des Bundesausschusses, unter denen insbesondere die auf der letzten Ausschubssitzung gefasste Entschließung hervorzuheben ist, erneut zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen wird. Spriedt begründete sodann im einzelnen die in der Entschließung erhobenen Forderungen.

Der Bundesausschuß trat sodann in eine Debatte über den Bericht des Vorsitzenden ein und nahm einstimmig die vorgelegte Entschließung an. Sie hat folgenden Wortlaut:

## Entschließung.

„Der Bundesausschuß des ADGB. betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Lasten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Großgrundbesitz gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigsten Posten des Soziallebens unerträgliche Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zur Zeit

die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinten bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, welche wichtigen sozialen Errungenschaften auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Bürgerblockregierung verfolgt.

Gegenüber den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundesausschuß angesichts der anhaltend furchtbaren Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verstärktem sozialem Schutz. Zum ersteren gehört neben der wiederholt geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues; zum zweiten ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot. Die Zahl von 300 000 Hauptunterstützungsempfängern in der Krisenfürsorge, die trotz der starken Beschränkungen der Zulassung bereits überschritten worden sein dürfte, läßt erkennen, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Gesamtzahl der ausgesteuerten oder kurzfristig Beschäftigten tatsächlich ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April d. J. wurden rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Die Städte, die jetzt bereits rund 300 000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreuen haben, können weitere Lasten auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesausschuß fordert daher die Ausdehnung der Krisenfürsorge für alle, insbesondere auch auf die haugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer.“

Beim Beginn der Nachmittagsitzung teilte Graßmann mit, daß Theodor Leipart vor einigen Tagen nach Wiesbaden fahren konnte — ein Zeichen dafür, daß seine Genesung in jüngster Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die Gewißheit ist gegeben, daß Leipart durch die Kur in Wiesbaden seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit völlig wiedererlangen wird.

# Mitteilung über das Ergebnis des Preisanschreibens für Bohrstaubschuß.

Das vom Preussischen Minister für Handel und Gewerbe zusammen mit der Reichsrapplachast eingeleitete Preisgericht für Bohrstaubschuß im Bergbau hat am 15. April 1930 folgenden Spruch gefällt.

Da keine der eingegangenen Bewerbungen den gestellten Bedingungen vollständig entspricht, wurden folgenden Bewerber Teilpreise zuerkannt:

- 2500 M. R. Schreiber, Neunkirchen, Kr. Siegen, Kennwort Reformmodell 1928,
- 2500 M. Minimax AG, Berlin, Kennwort Bergmannheit,
- 1000 M. W. Tubbejing, Dortmund-Derne, Kennwort Witu,
- 1000 M. G. Herchert AG, Dortmund, Kennwort Gehag,
- 600 M. Flottmann AG, Herne, Kennwort Johannesburg,
- 500 M. A. Wehring, Linden-Ruhr, Kennwort Total,
- 500 M. W. Klein, Wattencheid, Kennwort Mingo,
- 400 M. F. Scholz, Graz, Kennwort Schaum,
- 400 M. G. Hampel, Westerholt, Bezirk Münster, Kennwort Renchenreud,
- 500 M. J. Müggendorf, Essen-Rüttencheid, Kennwort Hurikan,
- 500 M. J. Schnigler, Bochum, Kennwort Großfalter,
- 500 M. R. Pfaug, Berlin-Wilmersdorf, Kennwort Welta.

Lobende Erwähnung wurde zuerkannt den Bewerbern:

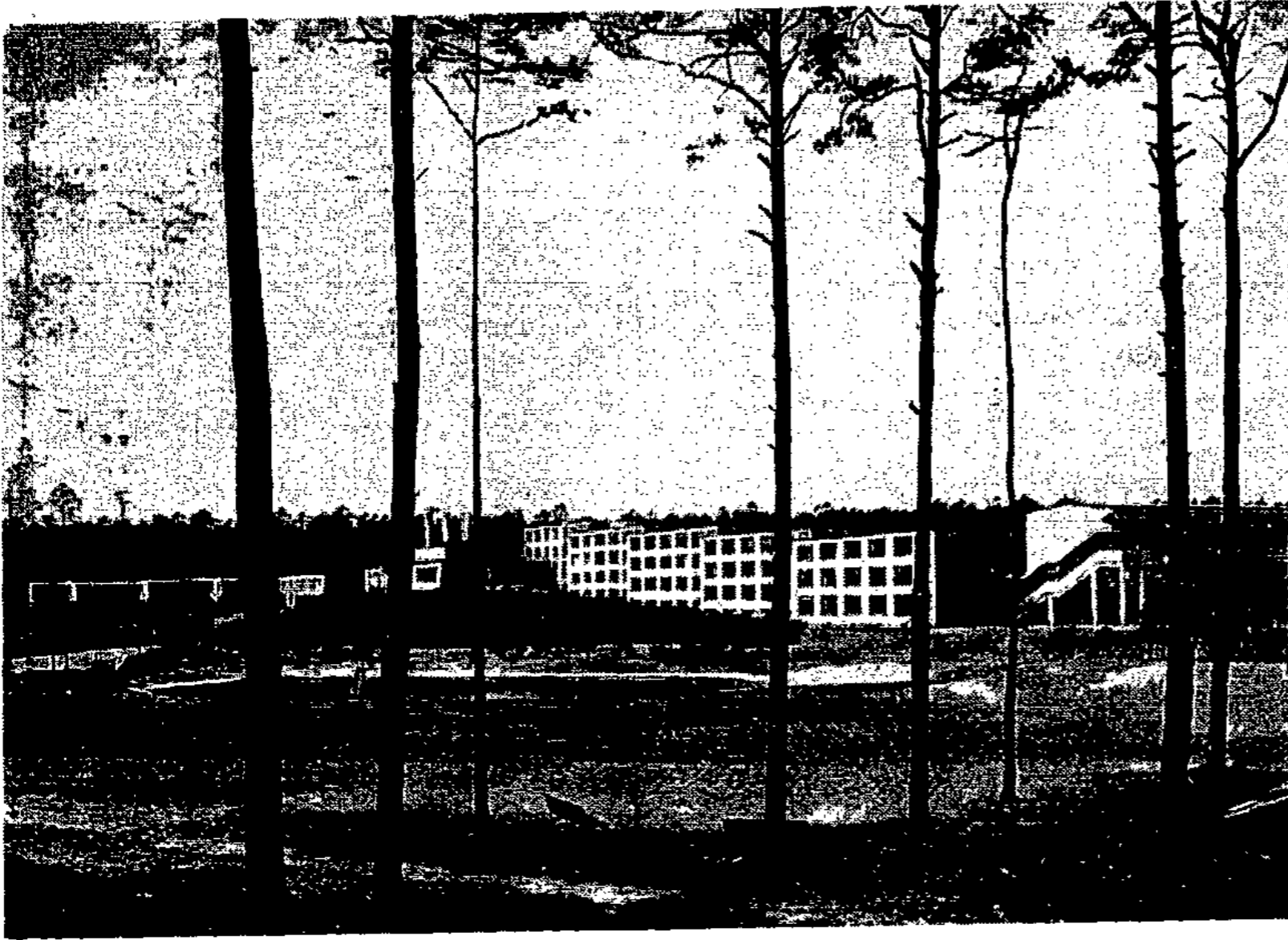
- Auer-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Kennwort Respirer,
- C. B. König, Altona (Elbe), Kennwort Vorwärts,
- Drägerwerk Lübeck, Kennwort A—F 1001—1006,
- H. Goetz, Bochum, Kennwort A. B. 100,
- J. Müning, Castrop-Rauxel, Kennwort Delta.

In einigen Wochen werden wir auch die Begründung des Spruches veröffentlichen.

# Eine gewerkschaftliche Großtat.

Eine Bahnstunde von Berlin, eine knappe Wegstunde von Bernau führt mitten im Wald eine neue Straße seitab nach einem großen Gebäudelomplex, der mehr aus Glas und Fenstern als aus Mauern zu bestehen scheint. Es ist die erste Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 4. Mai ihrer Bestimmung übergeben wurde. 80 Schüler, 40 vom Verband mit dem langen Namen, dem Gesamtverband der in

und Ludwig vertreten; Sassenbach vertrat den FGB, Siehr den IFA-Bund usw. Für unseren Verband nahmen Jankhel, Husemann und Limberg an der Feier teil. Theodor Leipart, dem das ganze Projekt wesentliche Förderung verdankt, konnte leider nicht teilnehmen, da sein Zustand noch eine Kur erfordert. Peter Graßmann sprach an seiner Stelle, ihm folgte Dr. Sigler vom Reichsarbeitsmini-



Gesamtansicht der Bundesschule des ADGB. in Bernau.

öffentlichen Betrieben usw. Beschäftigten und 40 vom Textil- arbeiterverband sind die Teilnehmer vom ersten Kursus. Sie waren schon am Abend vorher zu einer kleinen Feier versammelt gewesen, während am Sonntag die Vertreter der Gewerkschaften und ihrer Redaktionen an der Einweihungsfeier teilnahmen.

Wenn man die Anlage, die wir im Bilde zeigen, von dem Vorplatz aus sieht, mit ihrer schmalen Front, ihren drei Schornsteinen, der Delfeuerung, weiß man nicht, welche Zweckbestimmung man dem Bau zuschreiben soll. Anders gestaltet sich das Bild, wenn man es von der Seite sieht, wie unsere Abbildung es zeigt. Dann glaubt man zunächst ein Sanatorium, ein Kinderheim oder so etwas vor sich zu haben, weil der Wille des Bauenden, jeden Raum in die Sonne zu stellen, geradezu aus Anlage und Gliederung des Bauwerks herauschreit. Welcher Uneingeweihte sollte auch daran denken, daß es sich hier um das Schulgebäude einer Arbeiterorganisation handelt! Bei der Besichtigung fällt die außerordentliche Zweckmäßigkeit der ganzen Anlage auf. Der eigentliche Schulflügel (auf dem Bilde ganz rechts) nimmt nur einen kleinen Teil der Fläche ein. Er enthält Turnsaal, Bibliothek, Leseräume, zwei Seminarzimmer und drei Klassenzimmer für je 40 Schüler. Der langgestreckte dreigeschoßige Hauptbau enthält in seinem Vorderflügel eine Empfangshalle, die Aula, den Speisesaal, zwei Gesellschaftsräume, Verwaltungsbüros und Küche. Im Wohnflügel befinden sich 60 Wohnzimmer für je zwei Schüler. Diese 60 Wohnzimmer sind auf vier Wohntrakte je 30 Schüler verteilt, je 10 Schüler wohnen in einer Etage. Jeder Trakt hat seinen besonderen Aufgang, ein weiterer Wohntrakt enthält Zimmer für Hauspersonen und Gästelehrer, angeschlossen sind Wohnhäuser für Lehrer, Geschäftsführer und Helfer. Das Gelände um den Bau herum ist zweckmäßig bepflanzt, an einer Seite befindet sich ein Spielplatz und Schwimmbassin.

Die ganze Anlage ist sinn- und zweckvoll durchgeführt, viel Glas, Glasbausteine, nur deutsches Holz, einfaches Material wurde zum Ausbau verwandt. Jeder Raum ist seinem Zweck entsprechend ausgestaltet. Für die Aula hat man die für die Akustik günstigste Form des Quadrats gewählt. Besonders gefüttert Stoffe, die im Bauhaus Dessau in bezug auf ihre akustische Wirkung ausprobiert wurden, bekleden die Wände. Die Podiumbühne ist mit ihrer Tafelung ebenso auf die Akustik eingestaltet. Tageslicht fällt von hochgelegenen Fenstern einer Seite ein, die künstliche Beleuchtung sendet ihre Strahlen zur Decke und strahlt von dort wider, ein Prinzip, welches auch in den Schulräumen durchgeföhrt ist. Ein Druck auf den elektrischen Knopf, und schwarze Vorhänge verdunkeln den Raum, oder die Tafelung rollt beiseite und legt schwarze oder weiße Vorhängeflächen bloß. Speiseraum und Gesellschaftsräume sind einfach und bequem ausgestattet. Wohn- und Schulräume sind auf kameradschaftliches Zusammenarbeiten zugeschnitten. Das Wohnzimmer enthält vor dem breiten Fenster einen Arbeitstisch für zwei Schüler, zwei Nachschneidemaschinen mit kaltem und warmem Wasser, Kleiderschrank usw. Zwei Betten stehen nebeneinander, eine Lampe am Bett gibt es aber nicht, weil nachts geschlafen und nicht gelesen werden soll. Die Schulräume sind ebenso auf den Schulzweck eingestellt, die Wohnzimmernebenanlagen sitzen nebeneinander, Tische und Stühle können je nach Anforderung verschoben gestellt werden, in Reihen, in Hufeisenform usw. Schul- und Arbeitsräume, die Licht von hochgelegenen Fenstern erhalten, haben in Sitzhöhe noch ein die ganze Wand ausfüllendes Fensterband, welches dem ermüdeten Auge einen Blick ins Grüne gestattet, Turnhalle, Baderäume, Spielplatz und Schwimmbassin ermöglichen Gesundheitspflege und Sport.

Wenn man weiß, wie jämmerlich vor Jahrzehnten bildungsbeffähigte junge Arbeiter sich ihr bischen Wissen zusammenkratzten, wie Peter Graßmann in seiner Begrüßungsansprache sagte, dann empfindet man den gewaltigen Unterschied zwischen alter und neuer Zeit. Hier Wochen in diesem Heim bei eifriger Bildungsarbeit verbracht, müssen ein Erlebnis sein für einen jungen Arbeiter oder eine junge Arbeiterin, aus dem hoffentlich alle Schüler das Gefühl mit nach Hause nehmen, daß solche gewerkschaftliche Fürsorge auch in höchstem Maße verpflichtend, alle Kräfte für die Arbeiterbewegung einzusetzen.

Bei der Einweihungsfeier waren viele alte Freunde aus der Gewerkschaftsbewegung vertreten. Vorstände und Redaktionen hatten ihre Vertretungen gefunden, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei war durch Wels, Dittmann, Crispian

sterium, Dr. Staudinger vom Preussischen Handelsministerium, der Landrat des Kreises, ein Beigeordneter der Stadt Bernau, Otto Wels, Sassenbach und Siehr. Peter Graßmann sagte über den Zweck der Schule u. a.:

„Wir empfanden einen Mangel täglich mehr, die Möglichkeit, die Jüngeren in den Organisationen so vertraut zu machen mit dem Wesen, dem Wirken, der Taktik und den Notwendigkeiten der Gewerkschaften, die wir Älteren erleben konnten. Wir brauchen in stärkerem Maße als bisher den von feiner Ver-

## Das neue Saarnknappschaftsrecht.

Im Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes (Nr. 15 vom 15. April 1930) ist endlich die **Abänderungsverordnung zum Preussischen Knappschaftsgesetz** veröffentlicht. Durch sie hat die Saarregierungshenne ein Osterfest gelehrt, welches sich als vollkommen faul und ungenießbar erwies. Als am 1. April die Saarpresse die Wolff-Meldung über den Beschluß der Regierungskommission brachte, dachte man, daß es sich bei dieser Meldung um einen faulen Witz, um einen Aprilscherz handelte, weil man kaum annehmen konnte, daß die Regierungskommission den einstimmigen Beschluß des Landesrats vollständig übergehen würde. Sie hat es doch getan. Die einzelnen Bestimmungen wirken sich wie folgt aus:

### Versicherungspflicht.

Im § 27 Abs. 1 ist dem Antrag des Landesrats entsprochen, welcher bedeutet, daß alle Arbeiter, die mit knappschaftlicher Arbeit beschäftigt werden, der Pensionskasse ihres Knappschaftsvereins als Mitglieder angehören. Das Gesundheitsattest zur Aufnahme in die Pensionskasse ist also beseitigt. Leider können die Hüttenknappschaftsvereine, abweichend davon, in ihrer Satzung die Aufnahme in die Pensionskasse von einem Höchstalter abhängig machen. Diese Bestimmung wirkt befremdend. Weshalb diese Ausnahmebestimmung für die Hüttenvereine? Wie ein roter Faden spinnt es sich durch die ganze Vorlage, daß für die Hüttenvereine etwas besonderes in Frage kommt, und zwar zum Schaden der Mitglieder und besonders derjenigen, die aus dem Bergbau nach den Hütten abgewandert sind.

Die weiterbeschäftigten pensionierten Mitglieder verbleiben auch Mitglied der Pensionskasse. Für sie sind Beiträge zu zahlen. Der Arbeitgeber zahlt die Hälfte, wie bei den anderen Mitgliedern. Scheiden die pensionierten Mitglieder aus der Beschäftigung aus, so ist auf Antrag nach einer Beitragszeit von zwölf Monaten die Pension neu zu berechnen. Sie wird also erhöht.

### Versicherungsberechtigung, Wartezeit, Anwartschaft, Weiterversicherung.

Entsprechend dem Reichsknappschaftsgesetz sieht die neue Verordnung die Weiterversicherung vor. An Stelle der Anerkennungsgebührenszahlung kann die Weiterversicherung beim Ausscheiden aus der Beschäftigung getätigt werden. Zahlt man die Weiterversicherungsbeiträge, dann ist vom Mitglied sein zuletzt entrichteter Beitrag (Arbeitnehmeranteil) zu zahlen. Er kann auch einen höheren Beitrag leisten. Alle zwei Jahre müssen mindestens zwölf Monatsbeiträge gezahlt werden. Für Zeiten, für die nur der Arbeitnehmeranteil an Beiträgen gezahlt ist, gibt es nur die Hälfte der Steigerungssätze. Die Weiterversicherung kann nicht mehr getätigt werden, wenn schon Anerkennungsgebühren gezahlt waren. Sie muß beim Ausscheiden geschehen. Die Rechte aus der Mitgliedschaft zur Pensionsversicherung erlöschen erst, wenn nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Versicherte aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden ist, weniger als zwölf Monatsbeiträge während je zwei aufeinanderfolgender Kalenderjahre zurückgelegt worden sind oder wenn die Zahlung der Anerkennungsgebühren binnen einem Jahr nach Ablauf des Monats, für den der letzte Beitrag entrichtet worden ist, unterbleibt. Ist die Wartezeit nicht zurückgelegt, kann sie durch Weiterversicherung zurückgelegt werden. Sie beträgt 36 Monate, und wenn weniger als 24 Jahre auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt sind, 60 Mo-

pflichtung gegen sich und gegen die anderen bis zum letzten Merk durchdrungenen ehrenamtlichen Funktionär, der die Geschichte seiner Organisation, die Geschichte ihres Wachstums, die Befehle ihrer Wirksamkeit, die Möglichkeit ihrer Aufgabenverwendungen und ihrer Kräfte heute nicht mehr aus eigenem so unmittelbar werden muß. Darum haben wir hier eine ganz neue Schulpolitik aufgestellt. Hier sollen Kurse des ADGB stattfinden, aber sie werden veranstaltet und getragen von den einzelnen Organisationen. Aus dem Betriebe kommende und nach Absolvierung dieser kurzen Wochen wieder in die Betriebe zurückkehrende weibliche und männliche Funktionäre sollen hier eindringen in die Geschichte, die Verfassung, die Struktur und den Wesenskern ihrer Organisation und darüber hinaus in die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erlangen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge von der einen Organisation zu den übrigen mit uns im Bunde vereinigten erkennen, dieser stolzen Armee von fünf Millionen Mitgliedern, die einen stolzen Heereskörper bilden.“

Dr. Sigler überbrachte Grüße des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers, die selbst nicht kommen konnten. Siglers Bemerkung: „Sie wissen ja, die Herren Minister können nicht immer so wie sie wollen“, löste verständnisvolle Heiterkeit aus. Dr. Sigler würdigte die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit für Wirtschaft und Sozialpolitik. Dr. Staudinger sprach warm und sachkundig über die Aufgaben der Schule und ihre Bedeutung. Aus allen preussischen Ämtern teilte er einiges mit, wie mißtrauisch und verfolgungswütig die preussische Bürokratie Anfangs der neunziger Jahre die von Wilhelm Liebknecht veranlaßte Gründung der Berliner Arbeiterschule betrachtete. In einem von dem Minister angeforderten Bericht des Polizeipräsidenten über diese Bestrebungen hieß es:

„Welch weitere Entwicklung die Arbeiterbildungsschule haben wird, ob das zur Zeit überaus rege Interesse für dieselbe vorhalten, ob das Ziel, eigene Grundstücke für die Zwecke des Vereins zu erwerben, erreicht werden wird, läßt sich zur Zeit auch annähernd nicht beurteilen. Der Entwicklung der Schule wird diesseits fortgesetzt eine sorgfältige Beobachtung zuteil werden.“

Der Referent, der vortragende Rat, war noch etwas skeptischer. Er bemerkt zu dem Bericht:

„Gelesen. Mir ist nicht klar, warum der Polizeipräsident die Sache hat gehen lassen, wie sie will. Solange wir kein Unterrichts-gesetz haben, kann m. E. von Aufsichtswegen der ganzen Schule ein Ende gemacht werden. Alles, was die Arbeiter lernen müssen, können sie an den Fortbildungsschulen, deren Zahl die Stadt beliebig vermehren kann, lernen.“

Auch diese Altentrückschau kennzeichnet so recht den Unterschied zwischen damals und heute. Mit der Schule in Bernau hat der ADGB etwas geschaffen, was bis jetzt in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einzig dasteht. Wir wollen hoffen, daß sich alle Erwartungen, die wir an die Schule knüpfen, erfüllen und daß möglichst bald die Bundesschule für den Westen Deutschlands, deren Bau geplant ist, folgt. Unser Verband wird seinen ersten Kursus in Bernau im Juni abhalten.

nate. Ist also nur ein Pflichtbeitrag entrichtet, dann kann man die Wartezeit durch die Weiterversicherung zurücklegen, man muß jedoch dann 60 Monate Wartezeit erfüllen. Nach Zurücklegung der Wartezeit können die Anerkennungsgebühren gezahlt werden. Die von dem Versicherten in Mobilmachungs- oder Kriegszeit zurückgelegten Zeiten militärischer Dienste oder freiwilliger Kriegskrankenpflege bei der deutschen Wehrmacht gelten als Ersatzzeiten für die Erfüllung der Wartezeit und die Berechnung der Leistungen der Pensionskassen, wenn der Versicherte vor dem Eintritt in diese Dienste knappschaftlich versichert und nicht länger als drei Monate bei Eintritt in diese Dienste ausgeschieden war. Die aktive Militärzeit ist also nicht berücksichtigt, obwohl der Landesrat das beantragte und nach der Satzung die Berücksichtigung jetzt geschieht. Volle Krankheitsmonate werden zur Berechnung der Leistungen — jedoch nicht zur Erfüllung der Wartezeit — angerechnet, ohne daß Beiträge zu entrichten sind. Jetzt mußten Beiträge gezahlt werden. Für nicht volle Monate sind die Beiträge zu zahlen. Nicht angerechnet wird eine Krankheit, die sich das Mitglied vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens zugezogen hat.

Die Hüttenknappschaftsvereine können in ihren Satzungen die Dauer der Wartezeit und die Anrechnung der Ersatzzeiten für die Erfüllung der Wartezeit und die Berechnung der Leistungen anders regeln. Welche Bedeutung ein einziger Buchstabe haben kann, ist am § 34 Abs. 3 zu ersehen. Er lautet:

„Trifft ein früheres Mitglied wieder in seine knappschaftliche Pensionskasse als Mitglied ein, so leben alle seine früheren Ansprüche aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung einschließlich der vor dem 1. Januar 1908 erworbenen nach sechsmonatliger neuer Mitgliedschaft wieder auf. Stirbt ein Mitglied während dieser sechs Monate, so sind seinen Angehörigen die Leistungen der Pensionsversicherung zu gewähren, die ihnen zustehen würden, wenn die Ansprüche des Verstorbenen an seinem Todestage nach Satz 1 wieder aufgelegt wären. Die Hüttenknappschaftsvereine können durch die Satzung anders bestimmen.“

Die Ausdehnung auf die vor dem 1. Januar 1908 verbrachte Dienstzeit beruht auf dem Beschluß des Landesrats, welcher damit die Wiederaufhebung aller Dienstzeiten erreichen wollte. Nach den alten gesetzlichen Bestimmungen lebten nur die nach dem 1. Januar 1908 verlorenen Zeiten nach Zurücklegung einer neuen einjährigen Dienstzeit auf. Demgemäß verfahren auch die Hüttenknappschaftsvereine. Die Satzung des Saar-Knappschaftsvereins enthält seit 1. Januar 1926 die Bestimmung, daß auch die vor dem 1. Januar 1908 verlorenen Zeiten wieder aufleben, wenn neu die Mitgliedschaft ein Jahr beim Saar-Knappschaftsverein oder einem Verein, mit dem ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen ist, verbracht wird. Der Saar-Knappschaftsverein ließ also seine Dienstzeit aufleben auch für diejenigen, welche Mitglieder der Hüttenknappschaftsvereine geworden sind. Weil die Hüttenknappschaftsvereine dies nicht taten, wurde die gesetzliche Regelung gefordert. Diese ist dann durch den letzten Satz der jetzigen Fassung wieder illusorisch gemacht. Es wurde noch dazu die jetzige Bestimmung wesentlich verschlechtert, weil aus dem früheren Wort „eine“ das Wort „seine“ in der ersten Zeile des fraglichen Absatzes gemacht worden ist. Im Regierungsentwurf, im alten Gesetz und in der Fassung des Landesratsbeschlusses fehlte das hier nicht angebrachte „s“. Durch das Hinzufügen dieses Buchstaben „s“ wird bestimmt, daß die frühere, aber verlorengegangene Zeit — weil keine Anerkennungsgebühren gezahlt waren — nur dann wieder auflebt, wenn das fragliche

Mitglied wieder neu Mitglied der damaligen Pensionstasse wird. Das ist also sogar eine wesentliche Verschlechterung des bestehenden Zustandes.

**Leistungen.**

Die neuen Leistungen setzen sich zusammen aus Grundbetrag, Staatszuschuß, Steigerungssätzen und reichsnappschafflichen Zulagen. Der Grundbetrag wird in Höhe des für die Invalidenversicherung geltenden gewährt, in allen Fällen, in denen mindestens 120 Dienstmonate zurückgelegt sind.

Die Steigerungssätze betragen für die ersten 120 Monate 2 Fr., für die nächsten 120 Monate 6 Fr., für die folgenden 120 Monate 7,50 Fr. und für die restlichen Monate 8 Fr.

nach dem neuen Recht 80 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes der höchsten Lohnklasse, welcher der Versicherte angehört hat, nicht übersteigen, sonst werden sie gleichmäßig gekürzt.

Die Säzung kann bestimmen, daß Empfänger einer Invalidenpension für Kinder unter 15 Jahren ein Kind dergleichen erhalten. Für die Kinder und Waisen ist durch die Verordnung derselbe Begriff gezeichnet, wie er bereits in der Invalidenversicherung besteht.

Die ärztliche Behandlung und Arznei für Knappschafftsinvaliden ist als Pflichtleistung im Gesetz enthalten. Dem Antrag des Landesrates, dasselbe auch in Anwendung zu bringen bei den Familienangehörigen der aktiven und pensionierten Mitglieder, hat die Regierungskommission nicht entsprochen.

**Aus Schaumburg-Lippe.**

**Kommunistische Zersplitterungsarbeit.**

Ein Kamerad aus Schaumburg-Lippe schreibt uns: Seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes hatten wir am Obernirchener Werke bei den Betriebsratswahlen von den Arbeitnehmern nur eine Vorschlagsliste zu verzeichnen.

Die gemeinsten Lügen wurden von Abel und seinen getreuen Komplizen unter die Belegschaft gestreut. Fast alle unsere Funktionäre, vor allem unsere Betriebsräte, die stets nach ihrem besten Können und Willen die Belegschaft vertreten haben, wurden von Abel mit allen erdenklichen Gemeinheiten übersüttelt.

Der Nachteil der kommunistischen Wählerarbeit läßt aber nicht lange auf sich warten und wirft seinen Schatten bereits voraus. Auf den Schachtanlagen des Tiefbaues sind den Gedingearbeitern, die ein wenig über 8 M. verdient haben, die Gedingesätze um soviel gekürzt worden, daß es ihnen kaum bei Aufgebot aller Kräfte möglich sein wird, bis zu 8 M. verdienen zu können.

Kameraden, das sind die Folgen, die sich stets zeigen werden, wenn die Arbeiterklasse sich nicht einig zeigt und Leuten nachläßt, die alles andere sind als Arbeitervertreter, Leuten ihre Stimme gibt, die auf Befehl von Moskau mit Hilfe der Unorganisierten ihre Parteiflutten lachen wollen, die aber niemals sich zu eigen machen werden, das Los der Bergarbeiter auch nur um ein Zota zu verbessern.

**Mitteldeutschland.**

**Betriebsrätekonferenz in Zeitz.**

Zum ersten Male nach der Neuwahl der Betriebsvertreterungen versammelten sich am 4. Mai in Zeitz, „Tiergartenhof“, die neugewählten Betriebsräte des Bezirks Zeitz. 107 Kameraden waren anwesend. Eine reichhaltige Tagesordnung galt es zu erledigen.

Inspektor R a u c h e n b a c h vom Bergamt Altenburg hatte das Referat zu Punkt 1 der Tagesordnung übernommen. Er

sprach über die Verhütung von Unfällen im Braunkohlenbergbau. Aus seiner praktischen Erfahrung als Bergmann konnte er an manchen Beispiel demonstrieren, wie Unfälle entstehen und verhütet werden können.

Dem Kameraden B l e d m a n n vom Hauptvorstand war die Aufgabe gestellt, über die internationale Lage im Bergbau zu sprechen. Er zeigte die Ursachen der heutigen Kohlenkrise auf.

Das Organisationsverhältnis im Bergbau behandelte Kamerad D r e s c h m a n n. Er wies auf die Beschlüsse des Leipziger und Breslauer Gewerkschaftskongresses hin, wonach die Schaffung von Industrieorganisationen prinzipiell anerkannt wurde.

**Deutsch-Oberschlesien.**

**Ein Erfolg des Verbandes.**

Am Juni 1929 wurde für den Erzbergbau ein neuer Lohn tarif geschaffen mit 10 Proz. Lohnerrhöhung und Beibehaltung aller bisher außertariflich gewährten Prämien und Zulagen. Die Lokomotivführer der Blei-Scharty-Grube hatten bei Tarifabschluss eine Prämienzulage von 1,07 M. je Schicht.

**Sonntagschichten müssen voll bezahlt werden.**

Am 11. April stand vor dem Landesarbeitsgericht in Gletwiz die Berufung der Gletwiziger Grube gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes Gletwiz in Sachen des Arbeiters W. auf Vollzahlung der Sonntagschichten zur Verhandlung.

Gletwiziger Kohlerei verfahrenen Regel-Sonntagschichten mit dem vollen Schichtlohn und nicht, wie es bisher geschah, mit einem Schichtlohnanteil bezahlt werden müssen.

Anweisung des Arbeitgeberverbandes die Sonntagschichten nicht voll bezahlt, muß nunmehr ebenfalls nachzahlen. Unser Verband hat sich bereits mit einem entsprechenden Antrag an die fragliche Verwaltung gewandt.

**Agitation im Beichtstuhl für den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.**

Infolge der kommunistischen Ferkungsarbeit gegenüber dem Verband erachten nunmehr die katholischen Geistlichen in Oberschlesien die Zeit für gekommen, um mit allen Mitteln unter den freiorganisierten Bergarbeitern für den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu werben.

**Süddeutschland.**

**Hier mit dem Grubenkontrollleur für den oberbayerischen Bergbau!**

Nach den Berichten der deutschen Bergbehörden für das Jahr 1928 stand die Unfallhäufigkeit im oberbayerischen Kohlenbergbau an zweiter Stelle. Nur in Oberschlesien war die Unfallziffer höher, während in allen anderen deutschen Bergbauerevieren die Unfallziffer erheblich niedriger war.

	Unfälle überhaupt	tödliche Unfälle
Ruhrgebiet	210,721	1,895
Oberbayern	352,64	4,22
Oberschlesien	435,872	2,467
Niederschlesien	268,030	2,303
Wachen	213,7	2,2
Sachsen	331	1,51

Während im Ruhrgebiet seit Einführung der Grubenkontrolloure die Unfallziffer ständig zurückgeht, scheint im oberbayerischen Kohlenbergbau das Gegenteil der Fall zu sein. Durch die häufigen Unfallmeldungen im Jahre 1928 von der Grube Benzberg veranlaßt, haben wir für das Jahr 1929 eigene Erhebungen gepflogen und stellten fest, daß sich 1929 auf dieser Grube insgesamt 830 Unfälle ereigneten.

Verbandsnachrichten

Auszahlung von Unterstfütungen.

Echirn. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt jeden Samstag von 6 bis 8 Uhr beim Kassierer Johann Schülein. Die Kameraden werden ebenjo föhlich wie dringend ermahnt, um pünktliche Abholung ihrer Unterstfütung besorgt zu sein.

Bücherrevision.

Gladbeck II. Vom 11. bis 31. Mai Bücher bereit halten.

Knappschafsstiftungskommission Gelsenkirchen-Buer. Am Sonntag, dem 18. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Buer: Sitzung der Kuratorkommission.

Schluß des redaktionellen Teils.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Gladbeck II. Nach langem schwerem Leiden starb im 60. Lebensjahr unser langjähriger Kamerad Robert Wagner. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Zahlstelle Zwickau. Am 15. April starb unser Kamerad Hermann Zimmermann im Alter von 65 Jahren. Dem Verband gehörte er seit 1919 an. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Lauenstein. Am 24. April verschied unser lieber Verbandskamerad Friedrich Müller aus Ludwigstadt im Alter von 53 Jahren. Er gehörte dem Verband 21 Jahre an und starb an den Folgen einer Staublungenkrankung. Galt es, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, so stand er fest und mit vollem Pflichtbewußtsein an der Stelle, wo er hingehörte. Er hat stets vorbildlich für den Verband gearbeitet. Die Zahlstelle Lauenstein wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Lugau. Wiederm riebig der unerbittliche Tod einen von unserer alten Garde zu sich: Friedrich Walter ist tot! Raum ist es zu glauben, war er doch noch frisch und munter auf der Tour als Verbandsbote. Am 1. Mai ereilte unseren Alten in treuer Pflichterfüllung, bei Ausübung seiner Funktionstätigkeit, ein Herzschlag. Der Verstorbene war Mitbegründer unserer Organisation, ein eifriger Funktionär und jederzeit zur Stelle. Still hat er gewirkt, still ist er von uns gegangen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, schied er von uns, zur letzten Fahrt. Als leuchtendes Vorbild werden wir ihn stets in Ehren halten!

Zahlstelle Kottbusen. Am 2. Mai kam für sehr viele Kameraden unerwartet die Trauerkunde, daß unser Kamerad August Sprinke im Alter von 57 Jahren für immer von uns gegangen ist. Er hat viele Jahre das Amt eines Knappschafsstifters ausgeübt und erfreute sich der größten Beliebtheit. Still und eifrig tat er stets seine Pflicht. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Datteln. Unser Kamerad Heinrich Hertfelder wurde im Alter von 58 Jahren durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Er war langjähriges Mitglied im Verband. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Unter Tage

ein guter Begleiter ist der würdige und billige

GEG

Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten. In Rollen Stangen Bündeln und Hufeisenform nur im Konsumverein.

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-reelles christliches Haus! 1 Pfund große Gänsefedern 0,80 u. 1,00; halbweiße gefüllte 1,20; weiße, feinste 1,20 u. 1,50; Gänsefedern-Bettdecken 2,50 u. 3,00; Gänsefedern-Bettdecken 5,00 u. 5,75; ungefüllte Bettdecken 3,50 u. 4,00; Daunen, gaaa, feine 4,00 u. 5,00; weiße 4,00 u. 5,00; verleiht gegen Flammkorn, verleiht, ist 10 Pfund an franko. Bedienungsbildung, reichhaltiges, laughe um, 8. Geb. jurid. Ausführl. Preisl. gratis.

200 Zigaretten kosten Ihnen nur 2,50 M., wenn Sie unser großes Sonder-Angebot ausnützen und gleich heute noch bestellen.

Nur kurze Zeit! 400 Stück portofrei! Greifen Sie zu! Versand K. Außberg, Altenberg i. E. Obere Str. 1.

100 Salzheringe

ff. Kronenheringe, größte beste Qualität, 6.00 M., 200 St. 11.00 M., 300 St. 15.00 M., 50 Pf. Holl. u. 75 in 4.00 M., 50 Pf. 5.00 M.

Heinrich Degener, Fischerei-Export, Swinemünde 11.

Verlangen Sie kostenlos

Zufendung meines Spezialkatalogs! 1. Auf Verlangen gratis. 2. Auf Verlangen gratis. 3. Auf Verlangen gratis.

Betten aus dichtem Bett-Inlett

Oberbett mit 7 Pfund 13,85 19,70 23,75. Unterbett mit 6 Pfund 11,50 16,20 20,20. 1 Kissen mit 2 1/2 Pfd. 4,50 5,90 6,50.

Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachnahmeverb. Betriebsfabrik H. Müller, Kassel 37, Mönchebergstr. 2 1/2.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre

Gute Zeitmessung nur 2,90

St. 3 Herren-Uhr verbleibt 4,20. St. 1 Damen-Uhr verbleibt 3,80. St. 5 m. best. Uhr verbleibt 4,80.

Jeder Uhr hat ein 30-tägiges genau reguliertes Werk. Scharf gegen Wasserdruck, so wie ein Schloß gegen falsche Uhrschlüssel Fr. Heineke, Brannenweg 55, Berlin 3. Nachzahlung in 15 000 Uhrn nach allen Umständen der Welt.

Handwagen

Kabiler Selbst aus prima Eisenblech, beste Verfertigung. Länge 90 cm. Breite 4 1/2. 22. Länge 100 cm. Breite 5 1/2. 24. Länge 120 cm. Breite 6 1/2. 26. Länge 150 cm. Breite 8 1/2. 32.

Handwagen je 3 A. sehr. Große Auswahl des Verfabriker Karl Abel, Borsch-Geisa Thür.

Schweische Bettfedern

Febrk Paul Hoyer, Deutsch 79, Post. Sachsen, Angersstraße 4. Febrk ist aus allerbeste, streng reelle Qualität.

Febrk prima Bettfedern. Prüfen Sie selbst u. verlasse Sie. Prob. und Preisliste unsonst und portofrei.

Nimm nimm, „Miele“ dir ins Haus, denn findt ihre Waschkraft freundlich vor.

Direkt von der Fabrik an Verbraucher! Weit unter Herstellungspreisen werden, solange die Vorräte reichen, Anzug- und Mantel-Stoffe zu Einheitspreisen. Serie I Mk. 4,00 pr. mtr. Serie II Mk. 5,50 pr. mtr. Serie III Mk. 6,50 pr. mtr. Serie IV Mk. 7,50 pr. mtr.

Musikinstrumente zu herabgesetzten Preisen. Woll & Comp., Klingenort Sa. 687. Gr. Katalog mit über 600 Abbild. unsonst. 10000e Nachbestell.

Arcona-Räder. Die Präzisionsmarke. Neueste Modelle mit Ballonbereifung. 2 Millionen zufriedener Kunden in fast allen Orten Deutschlands. Preis 2.900 bis 4.500.

Wolfswohl-Lotterie. Ziehung 7.-14. Juni. 430000 Gewinne und 2 Pr. = 100.000. 150000. 100000. 75000. 50000.

Auswahlkarte billig! 50 Blumenfarne 2. 0,90. 50 lott. Stiefel. 1. 0,90. 50 Gebirgsst. 1. 1,00. 50 Gebirgsst. 2. 1,20. 50 Fingerringe 1. 1,20. 50 Fingerringe 2. 1,15. 50 Silber u. Kupf. 1. 1,15.

Harzer Edelroller. Jagu-Edelroller. 1. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 32. 34. 36. 38. 40. 42. 44. 46. 48. 50.

billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund große, gute, gefüllte Bettdecken 5 Pf. feinste Qualität. 1 St. 1 Pf. 2,50. 1 St. 2 Pf. 3,50. 1 St. 3 Pf. 4,50. 1 St. 4 Pf. 5,50. 1 St. 5 Pf. 6,50. 1 St. 6 Pf. 7,50. 1 St. 7 Pf. 8,50. 1 St. 8 Pf. 9,50. 1 St. 9 Pf. 10,50.

Pflaumenmus. Thüringer Käse, gediegenste, aus besten Milch, mit ganz reifen Pflaumen, Gewürz u. Zucker, ab 12.00 ab hier Kaufnahme. St. 100 Stück. 12.00. St. 200 Stück. 23.00. St. 300 Stück. 34.00.

„Ein guter Tip“

ist die Lösung (eingereicht vom Kollegen Karl Bergner, Leipzig, Charlottenstraße 21), auf die der erste Preis unseres Filmpreisausschreibens „Tausend Meter Film suchen einen Namen“ fiel. Die Preise II bis X entfielen in folgender Reihe auf nachstehende Kollegen: Franz Schrader, Versbach b. Würzburg, Jahnstr. 116, 1/3. Franz Hawlizeck, Bremen, Grasbergerstraße 67. H. Kegelmann, Bochum, Grabenstraße 57. Gustav Schreiber, Braunschweig, Döringstraße 1. Paul Richter, Gittersee b. Dresden, August-Bebel-Str. 4. August Kollin, M.-Gladbach, Brunnenstraße 113. Martin Becker, Leipzig C 1, Gemeindestraße 26. Adolf Pittroff, München, Auenstraße 80, und Schülerin Agnes Lummer, Essen-Borbeck, Neustr. 116 a.

Ein guter Tip ist der Kauf eines Lindcar-Fahrrades

gegen Wochenraten von 3 Mark durch unsere Niederlagen und Ortsausschüsse des ADGB. vom Eigenunternehmen der Gewerkschaften.

Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

EISU-Stahl-Betten. schlafzimmer, Stuhlzimmer, Kinderbetten, Chaiselons, an jeden Teiltisch. Katalog frei. Eisenmöbelwerk (Thür.)

Über 10 Millionen Fahrräder. laufen in Deutschland. Warum wollen Sie nicht im Besitz eines modernen sein, denn Sie ein solches Fahrrad aus jeder Zweifelhändel erwerben können? Bestellen Sie sofort Katalog 1930 kostenlos.

Käse billiger direkt ab Fabrik. Hest. Käse (Brotform) 9 Pfd. 3,60. Edamer Art rot (1/2 fett) 9 Pfd. 3,80. Tilsiter Art (1/2 fett) 9 Pfd. 4,00. Holländer Art (1/2 fett) 9 Pfd. 4,20. Tilsiter Art (Block vollfett) 9 Pfd. 4,50. Nachh. Porto und Verp. 1 Mk. extra.

Kastenwagen. Untergestell pr. Esche. 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft. 25 Mark franko.

Hiangfong-Essenz. (Grüne Tropfen) Echte Thüringer a Dtz. M. 3,50. 3 Dtz. fr. Mk. 11. Karmelitergast Dtz. M. 4,50. Labor. C. J. Tr. Tischler, Langewiesen 1, 2.

Deutsche Wirtschaftskunde. Ein Statistisches Volksbuch. 400 Seiten gemeinverständlicher Text, 78 Schaubilder. nur 2,80 M. Bestellungen, mit Zahlfleckenempel versehen, an: S. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.

Gummilack. graue, weiche, elastische, nicht klebrige, nicht abstrichend, für alle Holzarten geeignet.

Reise und wandere. Fotoapparat. Grösste Auswahl. Der Oyak-Optik von monatlich 8 M. an 10 Monatsraten ohne Anzahlung.

Unsere echt vers. solide, eleg. Anker-Remont-Uhr. m. Goldrändern verseh. Sekund-Zeiger sowie 24 St. Zifferbl. für nur 11,90 u. 12 u. zahlbar in 4 Monatsraten.

„Käse“ • ein billiger und besten haltender Käse. 9 Pfd. Edamer Art M. 3,60. 9 - Tilsiter Art „ 4,70. 9 - Edamer Art „ 4,80. 9 - Voll Block 1/2 Fett M. 6,30. Kaufnahme fort u. resp. 1 A. extra.

Verbands-Abzeichen. für Bergarbeiter sind je nach der Grösse nach Preise von 50 u. 75 Pfg. durch unsere Ortsverwaltungen von der Geschäftsstelle oder Bezirksleitung zu beziehen.

Abzeichen. für Bergarbeiter sind je nach der Grösse nach Preise von 50 u. 75 Pfg. durch unsere Ortsverwaltungen von der Geschäftsstelle oder Bezirksleitung zu beziehen.

Verbands-Abzeichen. für Bergarbeiter sind je nach der Grösse nach Preise von 50 u. 75 Pfg. durch unsere Ortsverwaltungen von der Geschäftsstelle oder Bezirksleitung zu beziehen.

Ab Fabrik bzw. i. u. ältestes Musik-Instrumenten-Versandgeschäft. Alle Musikinstrumente Ia. Qualität. 5 J. Garantie. Jährl. ca. 3000 Dankfchr. Umtausch gestattelt. Ueber 9 M. portofrei. Schallplatt. v. 1.-M. an. Streng reell. Hauptkatalog kostenlos. Große Auswahl in Stahlwaren, Spielwaren, Rasierapparaten, Photoapparaten usw. Taschenlampen. Violinen von 5.-M. an. Uhren von 2,50 M. an. Ernst Hess Nachf., Klingenthal Sa. 77. Geogr. 1872. i. u. ältest. Musik-Instr.-Versandgesch.

Wer klug ist, kauft bei Uren-Klose • • • Reklamepreis! Nur 4 M. • • • Uren-Klose, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8. 100 000 die Kinder tragen echte Kieler Matrosen-Anzüge und Mäntel. Uren-Klose, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8.

EDEL-KANARIEN. wirklich feins Sängerdor berühmten Harzer Meisterschule. 10. - Mark und höher. Vorkauf. Hochinteressante Preisliste mit vielen Anfragen kostenlos. Grobzuucht Heydenreich, Bad Saderode 15, Harz.

500 Mk. Belohnung! Sommerprossen, Gesichtspickel, Mitesser, Runzeln, Gesicht- u. Nasenrötchen, Falten, Hautunreinigkeiten entfernt vollständig u. gründl. nur mein wertvollster Schönheitsstoffs „Pohl“, Konserviert Gesicht und Hände blendend weiß, zart und jugendlich. Garantie für Erfolg. Dose RM. 3.-, dreifach stark, gegen veraltete Falte RM. 4.50, dazugehörige aromatische Schwefel-Gesichtspickelkreise 1 Stück RM. 0.75, 3 Stück RM. 2.-, Porto extra. Nur bei Geogr. Pohl, Berlin S 59/481, Gräberstraße 69/70. Depulatorium Pohl entfernt überflüssige Haare. Flakon RM. 2.50, großes Flakon extra stark RM. 4.-.

Kauft Bücher, sie dienen der Fortbildung! H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42

Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sängerbundes nur auf Homocord Schallplatten. Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten: 4-2293 Empor zum Licht. 4-2349 Brüder zur Sonne. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Bezugswachweis nachweis durch: Homophon-Company Berlin SW68.